

ALiNa

Altonaer
Linke Nachrichten

ALiNa Nr. 16 · Herbst/Winter 2019/2020



Im Heft:

- Wohnen ist ein Menschenrecht
- Zur prekären Mieten- und Wohnungssituation
- Winternotprogramm ganztägig – und für alle öffnen
- Antifaschismus in Gefahr

beigeheftet:
Broschüre der
Linksfraktion Altona

Liebe Leserinnen und Leser,



Kampagne: "Bezahlbare Miete statt fetter Rendite"

Foto: Martin Heinlein

heute haltet ihr die 17. Ausgabe der Altonaer Nachrichten in den Händen. Sie steht im Zeichen der bevorstehenden Bürgerschaftswahl am 23. Februar. Doch wir wollen keinen inneren Schilderwald mit bunten, oft nichts sagenden Wahlslogans erzeugen, sondern mit unseren Artikeln die Politik und die Arbeit der LINKEN im parlamentarischen Bereich wie in unserem außerparlamentarischen Wirken vor Augen führen. Wir möchten Sie und euch davon überzeugen, dass es sich lohnt, sich mit unseren Positionen und Haltungen auseinanderzusetzen. Seit mehreren Monaten versuchen SPD, CDU, Grüne und FDP einander mit großen Projekten

und Wahlversprechen zu übertrumpfen. Ob gute Ideen oder Wolkenkuckucksheime, es gilt vor allem in der Öffentlichkeit aufzufallen. Dies umso mehr, wenn Umfragewerte in den Keller zu purzeln drohen oder plötzlich zarte Blüten des Aufstiegs treiben. Nur die AfD macht da nicht mit. Das hat jedoch nichts mit ihrer politischen Weisheit zu tun. Diese Partei hat nur nichts zu sagen und fällt lediglich mit dumpfen demokratiefeindlichen und rassistischen Parolen auf. Sie betreibt sogar ein denunziatorisches Internetportal ("Neutrale Schulen Hamburg") und fällt bei ihren wenigen parlamentarischen Anfragen eher durch Inkompetenz oder mit Aussagen

auf, die gesellschaftspolitische Geschehnisse wie Inhalte verfälschen und gegenteilig interpretieren. Und absolut unfähig sich eindeutig und unmissverständlich von braunen, völkisch-nationalistischen Äußerungen des Höcke-Flügels zu distanzieren und dessen Ausschluss aus der AfD zu fordern!

DIE LINKE verspricht kein Himmelreich, sondern wir wollen gemeinsam mit allen Menschen, die sich mit uns engagieren wollen, gleichberechtigt und auf Augenhöhe für eine sozial gerechte, antifaschistische und antirassistische Gesellschaft streiten, für ein solidarisches Hamburg für Alle, in dem alle Menschen Frieden, Platz und Raum finden, gemeinschaftlich ihre und unsere gemeinsame Zukunft in die Hände zu nehmen und aktiv zu gestalten.

Wir setzen uns konsequent gegen Waffenimporte und -exporte über den Hamburger Hafen ein, wollen keine Rüstungsproduktion in Hamburg und laden alle dazu ein, gemeinsam mit uns eine grundsätzliche umweltpolitische Wende durchzusetzen. Wir haben einen eigenen inklusiven Schulgesetzentwurf vorgelegt, fordern eine bessere und partizipative Kinder- und Jugendhilfe, wollen den Anteil der Sozialwohnungen an allen Neubauten auf mindestens 50 % erhöhen, fordern einen verbindlichen Mietendeckel und werden die Volksinitiativen der Mietervereine aktiv unterstützen.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen der ALiNa!

Die Redaktion

Inhaltsverzeichnis:

Editorial	Seite 2	Winternotprogramm ganztägig und für alle öffnen!	Seite 10
Grüner Kehraus im Rathaus	Seite 3	Hartz-IV: Sanktionen sofort abschaffen!	Seite 11
Hamburg als Klassenprimus? Zur prekären Mieten- und Wohnungssituation	Seite 4	Ungleiche Patienten-Versorgung in Hamburg	Seite 12
Wohnen ist ein Menschenrecht	Seite 6	Ist die AfD noch zu stoppen?	Seite 13
Erfahrungen	Seite 8	„Beweise, dass du keine Hexe bist“	Seite 14
No future for capitalism or		Bücherkiste Links	Seite 15
Let's make capitalism better?	Seite 9		

GRÜNER KEHRAUS IM RATHAUS?

Mit „Fridays For Future“ und den nahezu ergebnislosen Weltklimagipfeln rückten die weltweite Umweltverschmutzung und die dramatischen Klimaveränderungen in den Fokus der meisten Menschen unseres Planeten. Hierzulande spiegelten sich die Sorgen und Befürchtungen unter anderem in den Ergebnissen bei den Europawahlen und den Hamburger Bezirksversammlungenwahlen. Traumergebnisse für die Grünen. In manchen Bezirken gingen knapp 30 Prozent der Stimmen an sie. In vier Bezirken, darunter in Altona, wurde sie stärkste Partei. Das Siegel der Umweltpartei haftet ihnen an. Daran knüpfen viele Wähler*innen ihre Hoffnungen und Erwartungen auf Besserung wider die politische Praxis der Öko-Partei in der Vergangenheit und heute. In elf Bundesländern sind die Grünen an Regierungskoalitionen beteiligt. Im Autoland Baden-Württemberg stellen sie mit Winfried Kretschmann den Ministerpräsidenten. Doch allzu selten gelingt es ihnen, durchgreifende umweltpolitische Erfolge zu erzielen.

Im Zweifelsfall verdirbt grün sich nicht das einvernehmliche Verhältnis mit dem Kapital. Das scheinen viele geneigte Wähler*innen auch zu erkennen, denn bundes- wie landesweit sinken die Umfragewerte der Grünen. Im Mai feierten die Hamburger Grünen sich und ihre guten Wahlergebnisse überschäumend und mit wachsendem Realitätsverlust. Plötzlich schien die Macht nah. Politische Kraftmeierei paarte sich mit Selbstüberschätzung, Protzerei und zweifelhaftem Demokratieverständnis.

Im Bezirk Mitte spaltete sich die grüne Fraktion nach unbewiesenen Islamismus-Vorwürfen von Anna Gallina (Landesvorsitzende der Hamburger Grünen) gegen neu gewählte Grünen-Abgeordnete. Plötzlich stellten die Grünen nicht mehr die stärkste Fraktion. Noch schlimmer: die Mitglieder des einen Teils der Fraktion wechselten zur SPD über – zu Johannes Kahrs. Nun stellt die SPD die stärkste Fraktion. Der Traum, Falko Droßmann als Bezirksamtsleiter ablösen zu können, zerstob. Welch eine Schmierenskomödie! Im Bezirk Eimsbüttel wollten die Grünen unbedingt den Bezirksamtsleiter Kay Gädgens (SPD) ablösen, obwohl sie mit der sozialdemokratischen Fraktion koalitierten. Sie benannten nach Verhandlungen mit der CDU Katja Husen als gemeinsame Kandidatin. Zweimal scheiterte ihre Wahl. Die Grünen hatten die Situation falsch eingeschätzt, beschädigten das Ansehen ihrer Kandidatin und verprellten die Sozialdemokrat*innen. Das hat mit Klasse nichts zu tun, aber mit Geltungsbedürfnis und Machtstreben. Die Grünen schert es wenig. Sie bieten sich der SPD wie der CDU und FDP als Koalitionspartner an, Hauptsache mitregieren und am liebsten die Bürgermeisterin stellen. Ob die Spitzenkandidatin der Grünen, Katharina Fegebank, den grünen Kehraus im Rathaus schaffen kann, bleibt abzuwarten.

Allerdings sind umwälzende umweltpolitische Neuerungen eher nicht zu erwarten. Fegebank & CO bündeln lieber mit der Hafenwirtschaft an als sie mit der Elbrettung und einem konsequenten Nein zur Elbvertiefung zu belasten. Auch das Kohlekraftwerk in Moorburg wurde einst von den Grünen mitbeschlossen. Unvergessen bleibt ebenfalls, wie die Grünen vor der Gorleben-Demonstration 2010 und nach der Reaktorkatastrophe im März 2011 in Fukushima die Hamburger Anti-AKW-Bewegung und die widerständigen Menschen im Wendland verprellten.

Wer glaubwürdig eine grundlegend andere Umweltpolitik in einer Regierungskoalition durchsetzen möchte, muss im Zweifelsfall Nein sagen, wenn sie in Koalitionsverhandlungen nicht verbindlich festgelegt werden kann. Das gilt auch für DIE LINKE, die ihren umweltpolitischen Ansprüchen in Brandenburg nicht gerecht wurde und den Braunkohleabbau nicht stoppte. In Hamburg ist jedoch klar: DIE LINKE als Partei des demokratischen Sozialismus ist in ihrer Oppositionsarbeit und in ihrer Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften für die Menschen viel erfolgreicher als sie als kleines Koalitionsmitglied je sein könnte. Regieren um jeden Preis will die Hamburger LINKE nicht!



Foto:
(CC BY-SA 4.0)
Wikipedia/
Henning Angerer

Hamburg als Klassenprimus?

Zur prekären Mieten- und Wohnungssituation in Hamburg

Wir haben es mit einem merkwürdigen Phänomen zu tun: Seit der Regierungsübernahme durch Olaf Scholz (SPD) 2011 macht Hamburg von sich reden in Sachen Wohnungspolitik, wird sogar als „Vorbild beim Wohnungsbau in Deutschland“¹ gefeiert. Gleichzeitig demonstrieren tausende Hamburger*innen beim „Mietenmove“ am 4. Mai 2019 unter der Parole „Mietenwahnsinn stoppen“, geben rund 71,8 % von 4.000 Gewerkschaftsmitgliedern bei einer DGB-Umfrage im November 2019 an, das mit Abstand größte Problem in Hamburg seien die steigenden Mieten und die Wohnungsnot².



Mietenmove in Hamburg

Foto: Rasande Tyskar

Die seit vielen Jahren verfolgte neoliberale Politik der wachsenden Stadt hat für Hamburgs Mieter*innen fatale Folgen. Die Miete frisst das Einkommen auf. Bis zu 30 % des Haushaltseinkommens für die Wohnkosten auszugeben gilt als bundesweite Faustregel. Die Realität in Hamburg sieht anders aus.

Laut einer repräsentativen Umfrage der Hamburger Sparkasse vom März 2018 wenden 29 % der Haushalte die Hälfte ihres Einkommens für das Wohnen (Kaltmiete inkl. Nebenkosten) auf, 16 % müssen sogar mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Unterkunft zahlen. Ein Drittel des Einkommens für die

Miete geben 40 % aus, nur 11 % der Haushalte zahlen weniger³. Und die Tendenz der explodierenden Wohnkosten nimmt stetig zu, wozu auch der so viel gerühmte Neubau beiträgt.

Obwohl in Hamburg vor allem bezahlbare Wohnungen für Menschen mit wenig(er) Einkommen fehlen – in einer Größenordnung von 150.000 Wohneinheiten laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung⁴ – werden mit Unterstützung des mittlerweile rot-grünen Senat fleißig teure Wohnungen gebaut. Von den 55.700 Wohneinheiten, die zwischen 2011 und 2018 neu entstanden sind, gehören 41.200 zu den teuren freifinanzierten oder Eigentumswohnungen.

Klassische Sozialwohnungen machen nur knapp 25 Prozent aus (13.700). Das ist umso desaströser, wenn mensch weiß, dass 40 Prozent aller Haushalte in Hamburg so wenig Einkommen haben, dass eine Sozialwohnung beansprucht werden könnte. An dieser Stelle kann man dann auch mit der vom SPD-geführten Senat gebetsmühlenartig wiederholten Legende vom sog. Drittmix im Neubau aufräumen: Der bedeutet(e), dass je ein Drittel (33,33 %) Sozialwohnungen, frei finanzierte und Eigentumswohnungen entstehen sollen. Für diesen Drittmix gab es übrigens noch nie eine logische Begründung. So sind z.B. im Jahr 2010 nur 22,6 Prozent aller Wohnungen in Hamburg Eigentumswohnungen gewesen.



Foto: Pixabay/Jörg Hertle

Diese Quote wird mit dem Drittmix allerdings stetig in die Höhe getrieben, 2018 lag sie schon bei 23,9 Prozent. Zynisch lässt sich das nur mit dem Motto kommentieren: Kannst du dir die Miete nicht leisten, kauf dir doch einfach eine Wohnung.

Wenn Hamburg als Vorbild im Wohnungsbau gepriesen wird, ist damit vor allem der Umfang des Neubaus gemeint. Ohne Frage steht die Elbmetropole mit ihren 55.700 neugeschaffenen Wohnungen innerhalb von sieben Jahren im Städtevergleich gut da. Doch bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 1,8 Personen reichen diese neuen Wohnungen noch nicht mal rechnerisch aus, um den zusätzlichen Bedarf von 123.000 Einwohner*innen zu decken, die im gleichen Zeitraum nach Hamburg gezogen sind⁵. Und da vor 2011 schon mehrere zehntausend Wohnungen fehlten, ist das Problem noch größer geworden.

Besonders dramatisch wirkt sich die Wohnungsnot auf die Menschen bzw. Haushalte mit geringem oder längst auch schon mittleren Einkommen aus, ebenso auf stark benachteiligte Gruppen wie Alleinerziehende, Zuwander*innen, Studierende und Auszubildende; von den offiziell 1.910 Obdachlosen Ende 2018 sowie den gut 20.000 Wohnungslosen ganz zu schweigen. Das Angebot bezahlbarer Wohnungen in Hamburg nimmt kontinuier-

lich ab. Vor allem die Zahl der Sozialwohnungen ist wie Schnee in der Sonne weggeschmolzen. Von den knapp 100.000 Sozialwohnungen im Jahr 2011 sind Ende 2018 nur noch 80.000 übrig geblieben. Die Zahl der aus der Mietpreisbindung fallenden Wohnungen übersteigt alljährlich das Neubauvolumen bei Weitem, im vergangenen Jahr sind z.B. zwar 2.075 neue Sozialwohnungen fertig gestellt worden, aber gleichzeitig 3.455 aus der Bindung ausgelaufen⁶. Es wird zwar eine Menge gebaut, aber eben viel zu wenig für diejenigen, die es auf dem sog. Wohnungsmarkt bitter nötig hätten.

Was den Anteil der Wohnkosten kontinuierlich anwachsen lässt, ist die gigantische Mietenexplosion in Hamburg. Allein die durchschnittlichen Preise laut Mietenspiegel sind von 7,15 € (2011) auf 8,66 €/qm netto-kalt (2019) angestiegen. Innerhalb von acht Jahren sind die Mieten also um 21 Prozent gestiegen und damit wesentlich stärker als die Inflationsrate, die einen Anstieg von 13 Prozent der Preise für Waren und Dienstleistungen verzeichnet. Dass der Mietenspiegel 2019 "nur" eine Steigerung um 2,6 Prozent enthielt und damit unter der aktuellen Inflationsrate von 3,3% liegt, ist nur scheinbar beruhigend. Denn 2,6 Prozent mehr auf schon hohe Mieten ist ebenso wenig akzeptabel wie die Tatsache, dass gerade bei günstigen Altbauten die Mieten teilweise um 5 Prozent angestiegen sind.

Die reale Problemlage des Mietpreissprungs bei einem Erstbezug oder bei einem Umzug gibt auch der Mietenspiegel nicht wieder. Die Auswertung von rund 5.000 Wohnungsangeboten im Portal „ImmoWelt“ ergab, dass die Neuvertragsmiete für eine Wohnung im März 2019 im Durchschnitt 13,24 €/qm betrug, 5,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Damit aber, so die Macher*innen der Studie, lagen die Neuvertragsmieten um 57 % über der Durchschnittsmiete laut Mietenspiegel⁷.

Hier zeigt sich eine der vielen Fehlannahmen, die der Senat seit 2011 gerne kolportiert und die ebenso gerne wie hoffnungsfroh verbreitet werden. „Bauen, bauen, bauen“, so lautet das Credo, wenn es um die Bekämpfung des Mietenwahns geht. Doch Bauen ist alleine schon wegen der stark gestiegenen Grundstückspreise und auch der Baukosten heute teurer denn je. Neubauwohnungen sind generell nicht unter 11 oder 12 €/qm nettokalt zu bekommen. Dieser Mietpreis ist für viele Bürger*innen nicht bezahlbar.

Auf Dauer wird die wachsende Zahl dieser teuer erbauten frei finanzierten Wohnungen auch den Mietenspiegel hochtreiben, im entsprechenden Rasterfeld ist das heute schon ablesbar. Und dann die Sache mit der vermeintlichen Mietpreisbremse, die zumindest bei Weitervermietungen eine Obergren-

ze von maximal 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete vorsieht: Die Mieten steigen trotzdem munter weiter, wie verschiedene Studien belegen. Sei es wegen der vielen Ausnahmeregelungen bei der Mietpreisbremse, sei es, weil die Durchsetzung der Mietbegrenzung dem/der einzelnen Mieter/in obliegt. Es sind eben nicht viele, die sich gleich nach dem Umzug auf einen Prozess mit ihrer/ihrer Vermieter*in einlassen mögen.

betreiben, sind nicht nur auf die Pflichten aus dem Grundgesetz zu verweisen, sondern ggfs. auch auf der Grundlage des Grundgesetzes zu enteignen!

Mit einem flächendeckenden Neubau von Sozialwohnungen, die nach dem Wiener Vorbild "einmal gefördert, immer gebunden" sind, können die dringend benötigten Wohnungen für die vielen Haushalte mit wenig(er) Einkom-



Aktionen zur "bezahlbare Mieten"-Kampagne in Berlin

Foto: Martin Heinlein

Wirksame Maßnahmen

Um den Mietenwahnsinn in Hamburg und in anderen Städten zu beenden, brauchen wir einen radikalen Wechsel in der Mieten- und Wohnungspolitik. Wohnungen sind keine Ware und müssen deshalb dem Markt entzogen werden. Ein erster schneller Schritt dahin ist der Mietendeckel. Rot-Grün in Hamburg hat bisher jeglichen Mietenstopp nach Berliner Vorbild abgelehnt. Nicht nur DIE LINKE, sondern auch viele außerparlamentarische Bewegungen wie das Recht-auf-Stadt-Netzwerk werden hier den Druck weiter erhöhen.

Große profitorientierte Wohnungsunternehmen in Hamburg wie Vonovia oder Akelius, die ihre Abzocke zu Lasten der Mieter*innen

men geschaffen werden. Auch dafür ist es notwendig, dass die Stadt ihre Grundstücke nicht mehr verkauft, sondern nur noch im Erbbaurecht vergibt, für den Wohnungsbau z. B. nur an gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen und Bauherr*innen.

Mit diesen Maßnahmen könnte Hamburg wirklich zum Klassenprimus werden!

Heike Sudmann
wohnungspolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE



www.miete-bezahlbar.de

WOHNEN

Hamburgs Wohnungssituation gestaltet sich trotz des forcierten Wohnungsbaus nach wie vor dramatisch. Jedes Jahr wächst Hamburgs Bevölkerung um rund 30.000 Menschen. Laut Melderegister leben derzeit 1.900.000 in unserer Stadt. Laut Antwort des Senats auf eine parlamentarische Anfrage der Linksfraktion vom 27.01.2017 hatten im Jahr 2013 rechnerisch 365.000 Haushalte (=41%) Anspruch auf eine Wohnung im 1. Förderweg. Außerdem waren 492.000 Haushalte rechnerisch berechtigt, eine Wohnung im 2. Förderweg zu beziehen. Das entspricht einer Quote von nahezu 55 Prozent aller Haushalte in Hamburg.

Seit 2011 wurden lediglich 14.000 Sozialwohnungen gebaut. Im gleichen Zeitraum verloren weit mehr Sozialwohnungen die Mietpreis- und Belegungsbindung. Der Sozialwohnungsbestand fiel von gut 99.000 auf rund 77.000 im Jahr 2018. Das Hamburger Wohnungsbauprogramm hatte zwar bis 2018 mehr als 55.000 Neubauwohnungen hervorgebracht, aber am knappen Bestand an Sozialwohnungen nichts geändert. Nicht einmal das vereinbarte Drittel der neu zu errichtenden Sozialwohnungen wurde bisher eingehalten. **Nur jede vierte Neubau-Wohnung ist eine Sozialwohnung!** Gleichzeitig sind die Mieten laut Mietenspiegel von 7,15 auf 8,44 Euro pro Quadratmeter angestiegen, laut Wohnungsinseraten sogar von 11,21 auf 13,24 Euro pro Quadratmeter. Ein Skandal, um den sich beide Regierungsparteien wenig scheren.

Mieter*innen von Sozialwohnungen des ersten Förderweges müssen zurzeit 6,60 Euro pro Quadratmeter Wohnraum zahlen. In diesen Genuss gelangen nur wenige Wohnungssuchende. Der Großteil der Hamburger Bevölkerung muss gut die Hälfte des Einkommens für die Miete aufwenden. Hohe Mieten, der geringe Sozialwohnungsbestand und der Bau von hochpreisigen Miet- und Eigentumswohnungen führen vollständig an den Bedürfnissen und Bedarfen der meisten Menschen vorbei. Die Wohnungsfrage hat sich zu einer brennenden sozialen Frage ausgewachsen.

DIE LINKE kämpft seit ihrem Bestehen für eine andere, sozial gerechte Wohnungspolitik:

"Die Eigentumsfrage offensiv stellen – Wohnen ist ein Menschenrecht und gehört als solches in die Landesverfassung". DIE

¹ Handelsblatt, 19.10.2019.

² Ergebnisse der Mitgliederbefragung des DGB Hamburg vom 12.11.2019, <https://hamburg.dgb.de/mitgliederbefragung>

³ Hamburger Abendblatt, 2.3.2018.

⁴ Andrej Holm u.a.: Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten? Düsseldorf, April 2018. S. 72 f.

⁵ Berechnungen aus der im November 2019 erscheinenden wohnungspolitischen Broschüre der Linksfraktion Hamburg. Zu finden auf der Website www.linksfraktion-hamburg.de.

⁶ Zahlenangaben basierend auf eine Senatsantwort auf eine Große Anfrage der Linksfraktion vom 21.5.2019 (Drs. 21/16990), S. 25. Mehr dazu in der o.a. Broschüre der Linksfraktion.

⁷ Laut „Statistiken zum Wohnen in Hamburg“, zusammengestellt vom Mieterverein zu Hamburg: <https://www.mieterverein-hamburg.de/de/aktuelles/statistiken-wohnen-hamburg/index.html>.

IST EIN MENSCHENRECHT

LINKE tritt dafür ein, möglichst große Teile des Wohnungsbestands dem Markt zu entziehen. Grund und Boden sind kein beliebig vermehrbares Gut. Sie sollten wie Luft und Wasser Allgemeingut sein. Konkret bedeutet das, den Handel mit ihnen streng zu regulieren, städtische Flächen nicht zu verkaufen, sondern ihren Anteil durch Neuerwerb auszuweiten.

DIE LINKE will den Ausverkauf der Stadt stoppen. Städtische Grundstücke dürfen nicht verkauft, sondern nur noch in Erbbaupacht, also für einen langen Zeitraum leihweise vergeben werden. Die Behörden sollen das vernachlässigte Instrument der Sozialgerechten Bodennutzung breit anwenden und Gewinne, die durch städtische Maßnahmen gesteigert werden, abschöpfen. Nach Wiener Vorbild fordert DIE LINKE außerdem einen Bodenpreisdeckel für Grundstücke, die für sozialen Wohnungsbau ausgewiesen sind.

Der Stopp des Verkaufs öffentlicher Flächen und Wohnungsbestände ist ein notwendiger erster Schritt zur Sicherung bezahlbarer Mieten. Um den Hamburger Wohnungsbestand den Profitinteressen der Immobilienkonzerne zu entziehen, sind jedoch weitere Schritte notwendig. Eine durch das Grundgesetz abgedeckte Enteignung ist im Falle von Wohnungsspekulation, wenn Vermieter*innen die Wohnungen nicht instandhalten, bei Mietwucher und anderen groben Verfehlungen regelhaft zu prüfen und im Einzelfall konsequent umzusetzen. Dem Gebaren von Vonovia, Akelius & Co. ist ein Ende zu setzen. DIE LINKE fordert darüber hinaus die Vergesellschaftung profitorientierter Wohnungskonzerne und die Überführung ihrer Wohnungen in städtische Gesellschaften oder Genossenschaften." (Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020, S.10)

DIE LINKE will den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau fördern, mindestens 50% aller Neubauten müssen Sozialwohnungen sein, und fordert ein generelles Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Der Wohnraumschutz und genossenschaftliche Strukturen sollen gestärkt werden.

Keine Profite mit Boden & Miete

Nun haben die Vereine „Mieterverein zu Hamburg von 1890 r.V.“ und "Mieter helfen Mietern" sowie Gilbert Siegler zwei Volksinitiativen unter dem Motto „**Keine Profite mit Boden & Miete**“ ins Leben gerufen. Sie wurden am 12. Dezember 2019 über eine Pressekonzferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Text beider Initiativen beginnt mit dem Satz „Bürgerschaft und Senat werden aufgefordert, eine soziale Infrastruktur- und Wohnraumversorgung durch folgende Maßnahmen zu fördern“.

Unter der Überschrift „**Boden & Wohnraum behalten – Hamburg sozial gestalten!**“ heißt es dann: "Die Stadt Hamburg veräußert grundsätzlich keine Grundstücke und Wohnungen in Hamburg mehr. Diese Regelung umfasst das gesamte unmittelbare und mittelbare Landesvermögen. Bei Landesbeteiligungen und Körperschaften der Stadt sind Senat und Bürgerschaft verpflichtet, ihre Gesellschafter- und Aufsichtsrechte zu nutzen, um Veräußerungen zu verhindern. Ausnahmen kann die Hamburgische Bürgerschaft bei besonderem öffentlichem Interesse beschließen."

Die zweite Volksinitiative „**Neubaumieten auf städtischem Grund – für immer günstig!**“ hat den folgenden Abstimmungstext: "Die anfängliche Netto-Kaltmiete für Wohnungen, die auf den Grundstücken der Stadt neu gebaut werden, darf die Mietsätze des 1. Förderwegs im Sozialen Wohnungsbau oder entsprechender Nachfolgeregelungen (Sozialwohnungsmiete) nicht überschreiten. Diese Mieten können nur entsprechend der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland erhöht werden, aber begrenzt auf maximal 2% im Jahr. Diese Regelung umfasst das gesamte unmittelbare und mittelbare Landesvermögen. Bei Landesbeteiligungen und Körperschaften sind Senat und Bürgerschaft verpflichtet, ihre Gesellschafter- und Aufsichtsrechte zu nutzen, um diese Mietpreisbegrenzung sicherzustellen."

Beide Initiativen sollen im Januar starten. Mindestens 10.000 gültige Unterschriften sollen bis zum Tag der Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 jeweils vorgelegt beziehungsweise eingereicht werden. Bitte unterstützt die Volksinitiativen mit eurer Unterschrift und sammelt tatkräftig bei Kolleg*innen, Nachbar*innen, Bekannten und in den eigenen Familien weitere Unterszeichnungen, damit die nächste Stufe, nämlich das Volksbegehren, erreicht wird.

Volker Vödisch



Mehr Info auf <https://www.mieterverein-hamburg.de>
Direktlink: <https://bit.ly/30k7xOY>

Erfahrungen

„

Ich bin Christian Eldagsen aus Hamburg Bahrenfeld, Freiberufler in ganz unterschiedlichen Bereichen. Ich habe ein systemkritisches Theaterstück geschrieben und produziert, das vor Kurzem im Mut Theater in Eimsbüttel uraufgeführt wurde und sehr wahrscheinlich noch an diversen Orten in Hamburg und außerhalb gespielt wird: „Die Hüter der sozialen Marktwirtschaft“. Meine unterschiedlichen Arbeitswelten als Freiberufler - als Schauspieler, als Sprachlernkonzepte-Entwickler und Sprachförderer für Kinder im Vorschulbereich und nicht zuletzt meine Tätigkeiten als LKW-Fahrer plus meine Erfahrungen mit den Job-Centern in Hamburg - haben mir eines sehr anschaulich vor Augen geführt: Unser Land ist ein Musterschüler in Sachen Neoliberalismus.

Ich kann das anhand meiner verschiedenen Erfahrungen erläutern.

In diesem Bericht am Thema Bildung: Ich habe lange Zeit an einer Grundschule in Lohbrügge mit Vorschülern in der Sprachförderung gearbeitet. Viele Jahre gab es an dieser Schule zwei Vorschulklassen (VSK). Zwei Klassen und also zwei Lehrer*innen. Vor ein paar Jahren wurde eine zweite VSK nicht mehr genehmigt. Die Schule hat sehr um eine zweite Klasse gekämpft, aber die Schulbehörde sagte, dass jedes Kind soundsoviel Geld koste und dass jetzt nur noch eine Klasse mit dann eben mehr Kindern drin sei. Lohbrügge ist (auch) sozialer Brennpunkt. Hier kommen Kinder aus vielen Nationen an diese Schule. Flüchtlingskinder, deren Aufenthaltsstatus teilweise nicht geklärt ist, Sinti und Roma aus Bulgarien und Serbien, Kinder aus prekären Verhältnissen. Es gab nun für diese eine große Klasse nur noch eine Lehrerin. Wir haben zwar in unserem Land Inklusion, aber Inklusion steht nur im Schaufenster. Die Mittel für die Umsetzung werden in der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt nicht -, oder nur sehr unzureichend bereitgestellt.

Ich habe in den letzten Jahren keine Lehrkraft an den Grundschulen kennen gelernt, die darüber anders denkt. Eine Lehrerin also für 26 Schüler, von denen mehrere stark verhaltensauffällig sind, um sich schlagen, manche traumatisiert ...

Ich mochte die Lehrerin, sie hatte das Herz am rechten Fleck und gute sonderpädagogische Fähigkeiten - obwohl sie nicht als Sonderpädagogin ausgebildet war - die man in einer solchen Situation gut gebrauchen kann. Selten wurde sie mal durch eine zusätzliche Kraft unterstützt, denn der Personalmangel ließ nichts anderes zu. Kinder schlugen andere Kinder, deren Eltern dann zur Lehrerin kamen und drohten, sie, die Lehrerin zu schlagen, oder die Kinder zu schlagen, oder der Lehrerin vorschreiben, wie sie sich zu verhalten hätte. Die Lehrerin war dieser Situation weitgehend ungeschützt ausgeliefert, und ich konnte ihr dabei zusehen, wie sie in eine Depression rutschte und schließlich den Beruf aufgeben musste. Auch viele andere Lehrkräfte, gut ausgebildet und grundsätzlich motiviert, leiden seit langem an solchen Situationen. Die Verhaltensauffälligkeiten und Verhaltensstörungen, die teilweise starken



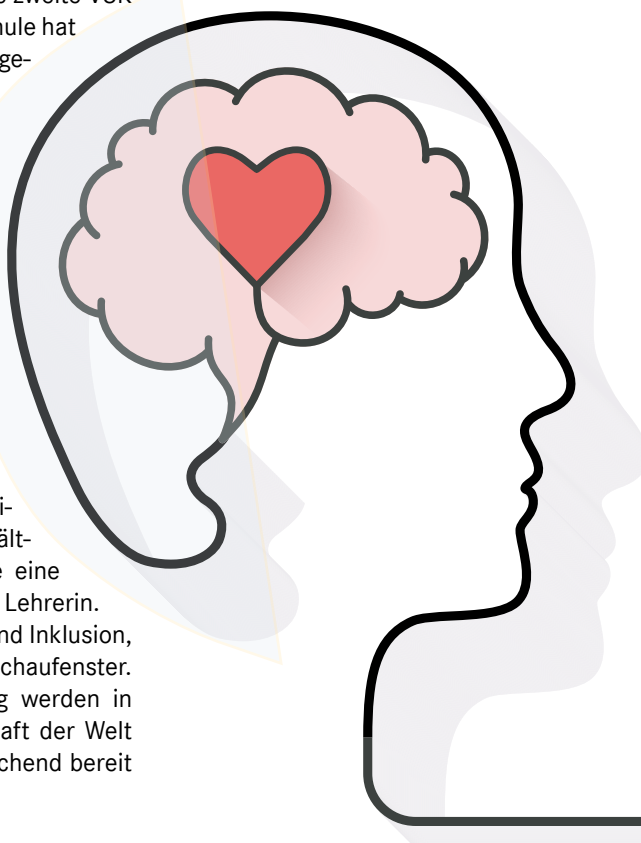
Entwicklungsverzögerungen

bei den Kindern können so nicht aufgefangen werden, und das zieht sich bei diesen Kindern oft wie ein roter Faden durch die ganze Schulkarriere.

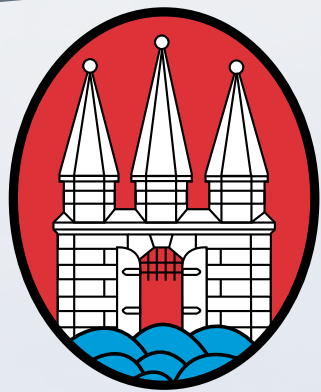
Ich arbeite meistens nur mit kleinen Gruppen von 5 bis 6 Kindern und auch nur einmal die Woche zusammen. So habe ich die Kraft und Energie und die Möglichkeit, ihnen die Aufmerksamkeit und den Raum zu geben in einer Form, die ihnen weiter hilft. Ein sehr großer Teil meiner Arbeit ist Sozialbildung. Ich halte Sozialbildung für den wichtigsten Bildungsaspekt an einer Grundschule. Teilen, auf den anderen achten, ihn wahrnehmen, in seine Haut zu schlüpfen - die Bedürfnisse haben andere Kinder erspüren. Ich merke immer wieder, wie gut die Kinder so etwas annehmen, wenn ich ihnen die Möglichkeit gebe, es anfassbar, spielerisch zu erfahren. Ich bin überzeugt, dass diese Arbeit - und die Mittel dafür bereit zu stellen, damit die Lehrkräfte das leisten können - auch deswegen so wichtig ist, um der Entsolidarisierung der Welt durch den globalen Kapitalismus die Solidarität und den Kollektivismus entgegen zu stellen und sagen zu können: Wir wollen diese Art von Wettbewerb nicht.

Ich bin seit 2017 Mitglied der Partei DIE LINKE. Meine Erfahrung ist, dass Menschen, die dem linken Spektrum zugehörig sind, meistens über einen hohen Informations- und Kenntnisstand verfügen. Wenn ich aber sehe, wie zerstritten und uneins wir Linke untereinander sind - Linke gegen Linke, die Aufstehen-Bewegung gegen die Linkspartei, wie schnell wir uns gegenseitig und unnötigerweise in Schubladen stecken, dann macht mich das sehr traurig und lässt mich manchmal auch verzweifeln - aber nur manchmal, und dann geht es weiter.

“



Christian Eldagsen
Freiberufler und Mitglied der LINKEN



NACHRICHTEN AUS DER BEZIRKSFRAKTION DER LINKEN ALTONA

Ausgabe Winter/Frühjahr 2020

DIE LINKE.
BEZIRKSFRAKTION ALTONA

Liebe Genossen und Genossinnen,

am Samstag den 23. November haben Mitglieder unseres Altonaer Bezirksverbandes in beiden Wahlkreisen ihre Direktkandidat*innen für die Bürgerschaftswahlen am 23. Februar 2020 gewählt.



03

Im Wahlkreis 03 (Altona mit den Stadtteilen Sternschanze, Altona-Altstadt, Altona-Nord, Ottensen, Bahrenfeld, Othmarschen) wurden gewählt:

Platz 1:
Norbert Hackbusch
(Dokumentations-journalist)



Platz 2:
Kirsten Rautenstrauch
(Krankenschwester)



Platz 3:
Nuran Sarica
(Frauenärztin)



Platz 4:
Metin Kaya
(Sozialarbeiter)



Platz 5:
Suzana Kamperidis
(Geschäftsführende Vorständin)



Platz 6:
Maya Klasen
(Studentin)



Platz 7:
Cornelia Templin
(Krankenschwester)

04

Im Wahlkreis 04 (Blankenese mit den Stadtteilen Lurup, Osdorf, Nienstedten, Iserbrook, Sülldorf, Blankenese, Rissen) wurden gewählt:



Platz 1:
Cansu Özdemir
(Studentin)



Platz 2:
Karsten Strasser
(Sozialberater)



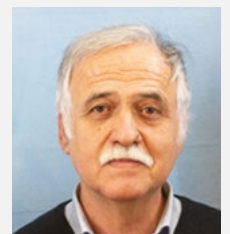
Platz 3:
Tooba Anwar
(Studentin)



Platz 4:
Klaus Lange
(ehemaliger Stadtplaner)



Platz 5:
Kai-Uwe Hellmers
(Facharzt für Allgemeinmedizin, Hausarzt)



Platz 6:
Hasan Burgucuoğlu
(Lehrer)

Wir gratulieren allen gewählten Kandidatinnen und Kandidaten und wünschen einen erfolgreichen Wahlkampf

Inhaltsverzeichnis:

Die Direktkandidat*innen aus Altona	Seite 2	"Apfelbaum braucht Wurzelraum" fragt –	Seite 8
Bezirk Altona wird eine Straßen-Totalbaustelle	Seite 3	DIE LINKE antwortet	
Schule für alle	Seite 4	Verkehrskonzept gleich Null	Seite 11
Kinderrechte durchsetzen	Seite 5		

Bezirk Altona wird ab 2020 eine Straßen-Totalbaustelle

Bezirkliche Koordinierung braucht Kompetenz und nicht nur die Kosmetiktasche

Neulich im Verkehrsausschuss des Bezirks Altona: Die neuen Verkehrskordinatoren berichten über ihre Arbeit und über die Mammut-Projekte im Straßenbau des Bezirks. Die Liste der Sperrungen, Umleitungen, Engpässe ist riesig – zu groß für diesen Bezirk.

Die Vereinte Straßenbauindustrie ist in Altona am Werk:

- S-Bahnhof Ottensen und Behinderungen der anliegenden Straßen
- Mega-Baumaßnahme Holstenviertel und seine Auswirkungen auf Straßen
- Der Autobahndeckel Bahrenfeld mit Sperrungen und Umleitungen der Ausfallstraßen Richtung Westen
- Die Sanierung der Elbchaussee
- Die Großkreuzung Max-Brauer Allee/Holstenstraße
- Die Großkreuzung Stresemannstraße/Holstenstraße
- Ab 2021 dann die Max-Brauer Allee
- Dazu umfangreiche Leitungsarbeiten Strom+Wasser und sonstiges z. B. Arnoldstraße – es werden alle Stromversorgungsleitungen und Stromanschlüsse erneuert

Die Liste ist nicht vollständig und weitere kleinere und größere Baustellen werden kommen. Z. B. plant die Deutsche Bahn die Sanierung bzw. Neubau der Sternbrücke -darunter die Kreuzung Stresemannstraße/Max-Brauer Allee. Autofahrer*innen werden sich auf Staus und Wartezeiten einstellen müssen. Die beste Auto-Fahrzeit wird nachts um 2 Uhr sein. Aber auch der ÖPNV in Altona mit seinen Metrobuslinien wird schwer betroffen sein.

Bezirkskoordinierung hat so gut wie keine Kompetenz

Was könnte denn getan werden, um den Megastau für Bus und Auto zu vermeiden? Ihre Antworten waren super ernüchternd: Sie können da gar nichts machen. Keine Kompetenz, Baumaßnahmen zu verschieben. Sie haben nur beratende Funktionen. Sie können kleine Dinge bewegen: Bessere Infos über Sperrungen und Staus und Umleitungen.

Wie das konkret nicht aussehen sollte, zeigt die Baustelle auf der Bahrenfelder Straße zwischen Hohenesch und Zeißstraße! Gefühlt bald zwei Jahre – quälen sich vor allem vier Buslinien durch dieses Chaos Richtung Westen. Nichts wurde geregelt, nichts beschleunigt.

Bezirk hat wenig zu sagen

Da die Megabaustellen auf Senatsebene projektiert, geplant und ausgeschrieben werden, hat der Bezirk mit seinen beiden neuen Koordinier-Angestellten da so gut wie nichts zu melden. Aber wie heißt es so schön: Vernetzung und Koordinierung sind angesagt. Die LINKE wünscht der bezirklichen Koordinierungsstelle viel Glück.

Die LINKE wird aber in diesen beiden Megabaustellenjahren dafür eintreten:

Bus hat Vorrang, Fahrrad hat Vorrang, Fußgänger haben Vorrang. Notfalls müssen bestimmte Straßenbauprojekte herausgeschoben werden.

Altona muss lebenswert bleiben.

*Karsten Strasser
Freiberufler und Mitglied der LINKEN*



Schule für alle statt Zwei-Säulen-Modell

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung. Doch noch immer hängt der Bildungserfolg maßgeblich von der sozialen Herkunft ab. Das seit 2010 bestehende Zwei-Säulen-Modell aus Stadtteilschule und Gymnasium ist ein Zwei-Klassen-Modell und verstärkt die soziale Spaltung.

DIE LINKE will, dass die Kinder und Jugendlichen in Hamburg miteinander und voneinander lernen. Alle sollen in ihrer Entwicklung optimal gefördert werden. Wir wollen die Kinder und Jugendlichen stärken. Wir wollen ein Lernen in Freiheit, ohne Druck und Angst. Ohne den Bruch mit dem sogenannten Schulfrieden ist ein inklusives und gerechtes Schulwesen nicht zu haben. Daher arbeiten wir für die flächendeckende Einführung der Eine Schule für alle. Ziel ist die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und die Ermöglichung individueller Bildungswege.

Ein inklusives Schulgesetz für Hamburg – mit links!

Daher hat DIE LINKE jetzt ein inklusives Schulgesetz für Hamburg vorgelegt. Über ein Jahr lang haben Ulrich Vieluf, Helga Wendland, Christiane Albrecht, Hanno Plass und ich daran gearbeitet und viele Einzelaspekte mit ausgewiesenen Expert*innen erörtert, so u.a. mit Prof. Wolfram Cremer (Universität Bochum), Prof. Friederike Wapler (Universität Mainz) und Prof. Felix Hanschmann (Humboldt-Universität zu Berlin). Der Entwurf wurde bereits mit vielen Verbänden, Zusammenschlüssen, Organisationen, den Kammern, der Gewerkschaft und selbstverständlich mit der Partei diskutiert. Ausgangspunkt für uns ist die noch immer ausstehende konsequente Umsetzung der UN-Behinderten- und der UN-Kinderrechtskonvention in Landesrecht. Im Folgenden stelle ich die Kernaussagen unseres Gesetzentwurfes vor:

Präambel

Alle nach diesem Gesetz schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen haben gleichen Zugang zu allgemeinen und beruflichen Schulen. Kein Kind, kein Jugendlicher darf aufgrund seiner Herkunft oder infolge einer Behinderung von dem Besuch einer Schule seiner Wahl ausgeschlossen werden.

Alle inklusive – Gerechte Bildung braucht ein inklusives Schulgesetz

Schule im 21. Jahrhundert steht vor neuen Herausforderungen. Die Vereinten Nationen haben mit ihrem Übereinkommen zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen und den Rechten von Kindern Maßstäbe gesetzt, die nun endlich umgesetzt werden müssen. Dem wollen wir mit unserem Entwurf für ein neues Hamburgisches Schulgesetz Rechnung tragen. Das im noch geltenden Gesetz verankerte Zwei-Säulen-Modell wird dem Inklusionsauftrag nicht gerecht, weil es faktisch die soziale Spaltung unserer Stadt untermauert. Unser Gesetzentwurf sieht vor, dass alle Kinder mit dem Eintritt in eine staatliche allgemeinbildende Schule ihr Recht auf Bildung so wahrnehmen können, dass sie in der Schule ihrer Wahl in ihrem eigenen Tempo alle Schulabschlüsse erwerben können. Jede Schule muss sich gleichermaßen an dieser Aufgabe beteiligen. Kein Kind darf zurückgelassen oder abgeschult werden, um zu vermeiden, dass Kinder scheitern und den Verlust ihrer schulischen Bezüge erleben.

Inklusion statt Ausgrenzung

Inklusion ist das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe und Förderung. Dieses Recht steht allen Schüler*innen gleichermaßen zu. Inklusion ist eine Aufgabe, der alle Schulen verpflichtet sind. Jede Schule ist für ihre Schüler*innen und deren Bildungswege verantwortlich, niemand darf ausgeschlossen werden. Bisher sind die Gymnasien verpflichtet, nach der sechsten Klasse Kinder mit Leistungsrückständen abzusuchen. Diese Pflicht untergräbt das Recht der Eltern auf freie Schulwahl. Unser Schulgesetzentwurf sieht ein uneingeschränktes Elternwahlrecht vor. Schulen müssen die individuelle Lernentwicklung ihrer Schüler*innen so fördern, begleiten und unterstützen, dass sie den bestmöglichen Abschluss erreichen können. Inklusion fordert von den Schulen, sich nach den individuellen Entwicklungsverläufen der Schüler*innen zu richten, so unterschiedlich, originell und kreativ diese auch sein mögen. Individuelle Förderpläne legen die für die aktive und gleichberechtigte Teilnahme am Schulleben nötigen Ressourcen fest, die seitens der Behörde bereitzustellen sind.

Rhythmisierter Ganztag statt Halbtagschule plus Betreuung am Nachmittag

Ganztagschulen bieten einen zeitlichen Rahmen für erfolgreiches Lernen und für den Ausgleich ungleicher Bildungschancen. Voraussetzung hierfür ist, dass sich das Lernen über den ganzen Tag verteilt, dass sich Phasen der Anspannung und Phasen der Entspannung abwechseln. Erfolgreiches Lernen braucht einen Rhythmus, braucht zur Verarbeitung des Gelernten immer wieder Pausen, Zerstreuung und Rückzug, Bewegung und Spiel. Ganztagschulen bieten anregende Lernumgebungen, die das ganzheitliche Lernen mit Kopf, Herz und Hand unterstützen. Sie eröffnen Schüler*innen Zugänge zu Bildungsgütern, die viele Elternhäuser nicht bieten können. Darum sieht unser Schulgesetzentwurf für alle Hamburger Schulen

einen rhythmisierten Ganztag vor und trägt zur Entkopplung von Lernerfolg und sozialer Herkunft entscheidend bei.

Gemeinsam Lernen im eigenen Takt statt im Gleichschritt

Schüler*innen lernen auf unterschiedlichen Wegen in eigener Zeit. Die Lern- und Entwicklungsverläufe von Schüler*innen gleichen Alters haben eine große Spannweite. Darum macht unser Schulgesetzentwurf die individuelle Lernentwicklung zum Maßstab. In einem Altersjahrgang bestehen Lernunterschiede von mehreren „Lernjahren“. Dem muss eine inklusive Schule Rechnung tragen, indem sie der Förderung und Begleitung der Lernentwicklung ihrer Schüler*innen eine individuelle Lern- und Förderplanung zugrunde legt. Alle Schüler*innen lernen mit- und voneinander in ihrem eigenen Takt.

Schulentwicklung in regionaler Verantwortung statt nach behördlichem Gutdünken

Die bestehenden Regionalen Bildungskonferenzen vernetzen die Bildungseinrichtungen einer Region und fördern deren Kooperation. Unser Gesetzentwurf erweitert die Aufgaben dieser Gremien um die regionale Schulentwicklungsplanung. Bisher schreibt die Schulbehörde in unregelmäßigen Zeitabständen den Schulentwicklungsplan fort und stellt ihren Entwurf zur Diskussion. Künftig sollen regionale Schulentwicklungspläne von den Regionalen Bildungskonferenzen erstellt werden. Turnusmäßig oder auch anlassbezogen wird das bestehende Angebot vor dem Hintergrund der aktuellen Anforderungen überprüft. Auf dieser Grundlage erstellt die Schulbehörde für einen Zeitraum von fünf Jahren einen landesweiten Schulentwicklungsplan, der mit Blick auf die verfügbaren Haushaltsmittel und Regionen übergreifenden Herausforderungen die regionalen Schulentwicklungspläne zusammenführt.

*Sabine Boeddinghaus,
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE in der
Hamburgischen Bürgerschaft*

Kinderrechte durchsetzen – Freiräume schaffen –

Rahmenbedingungen in der Jugendhilfe verbessern!

In der Hamburger Jugendhilfe läuft vieles schief. Eine Neustrukturierung der Kinder- und Jugendhilfe ist überfällig. Die bisher unternommenen Anstrengungen sind unzureichend und führen nicht selten an Bedarfen und Zielen vorbei. Dies ist nach Ansicht der Linken ein wesentliches Ergebnis der Enquetekommission „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken“, die 2016 eingesetzt wurde. Zwei Jahre lang wurde die Hamburger Jugendhilfe auf dem Prüfstand gestellt. Im Abschlussbericht der Kommission wurden 70 Empfehlungen für eine Reform ausgesprochen. Das war insbesondere ein großer Erfolg für die Partei DIE LINKE, die jahrelang diese Kommission gefordert hatte und letztlich durchsetzte. Auf das Jugendhilfesystem Pflaster aufzusetzen, wird nicht reichen. Kinder haben Rechte, nach dem Grundgesetz und gemäß der UNO-Kinderschutzkonvention. Sie zu schützen und zu wahren und nicht zu missachten, ist eine gesellschaftlich sehr wichtige Aufgabe und Pflicht! DIE LINKE will weg von einer teilweise restriktiven, überkontrollierten und entmündigenden Jugendhilfe. Wir wollen stattdessen die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte von Kindern, Jugendlichen und Eltern stärken, uns für wirkungsvolle Maßnahmen zur Armutsbekämpfung stark machen und die Beziehungs- und Bindungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Vordergrund des pädagogischen und jugendamtlichen Handelns stellen. Unserer Überzeugung nach wird es nur in Zusammenarbeit mit einem zivilgesellschaftlichen Bündnis und vor allem auch unter Beteiligung der Kinder, Jugendlichen und Eltern gelingen können.

Recht auf Beteiligung und Teilhabe

Wir setzen uns für ein Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz ein, das Kindern, Jugendlichen und auch Eltern grundsätzlich und weitgehend eine Mitwirkung an der Jugendhilfeplanung gewährleistet. Sie sollen in ihren Quartieren gemeinsam mit den Einrichtungen, Vereinen und Institutionen über die Angebote entscheiden können. Dafür sollen auskömmlich ausgestattete, steuerlich finan-



Foto: Freepik/Racool_Studio

zierte Budgets in rechenschaftspflichtiger Selbstverwaltung zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere Kinder und Jugendliche müssen eigenständig gestalten und entscheiden können. Hier gilt es unter anderem auch die Jugendverbandsarbeit und selbstorganisierte Peergruppen zu stärken.

Im Rahmen der Familienhilfeplanung, der Hilfen zur Erziehung, bei der Durchführung von Kriseninterventionen und bei Verfahren in den Familiengerichten müssen Kinder und Jugendliche konsequent und verbindlich beteiligt werden. Das ist selbst im Rahmen der bereits gegebenen gesetzlichen Regelungen umsetzbar. Diesbezüglich müssten größere Anstrengungen unternommen werden, um alle beruflich daran beteiligten Akteure besser aus- und weiterzubilden.

Das unübersichtliche Regelungs- und Richtliniengewirr, das wenig hilfreiche Qualitätsmanagement nach DIN ISO 9001, die keinesfalls unabhängige Jugendhilfeinspektion, das ausufernde Kontrollsystem und der irrsinnig hohe Verwaltungsaufwand in der Fallbearbeitung, verursacht durch die untaugliche Software JUS-IT, hindern die Fachkräfte daran, eingehend und beteiligend auf die bedrohliche Situation der Familien einschließlich ihrer Konflikte, Bedürfnisse und Erwartungen einzugehen. Die Fachkräfte im ASD benötigen mehr Handlungsspielräume und weniger Kontrolle, um das Kindeswohl zu sichern ►►



Wir fordern den Ausbau von quartierspezifischen Kollegien, in denen sich neben Fachkräften des ASD (Allgemeiner Sozialer Dienst) auch Kolleg*innen aus anderen sozialpädagogischen Einrichtungen und aus Schulen im Viertel/Stadtteil interdisziplinär, professionell und auf gleicher Augenhöhe über Handlungsschritte in Konfliktsituationen und bei Kindeswohlgefährdungen miteinander verständigen können. Hier gingen kollegiale Zusammenarbeit und Beratung Hand in Hand.

Wir brauchen in Hamburg mehr Krisenwohnungen, mehr Plätze in Kinderschutzhäusern und die Stärkung der Koordinationsstelle. Ihr werden nämlich alle Fälle von Kindern und Jugendlichen vorgelegt, denen eine geschlossene Unterbringung droht. In mehr als 100 Fällen hat diese Stelle Alternativen entwickelt und ihnen und ihren Familien andere Perspektiven geboten.

Wir setzen uns gleichermaßen für eine flächendeckende Ausstattung der Bezirke mit unabhängigen Ombudsstellen ein, die mit qualifiziertem Personal versehen werden müssen. Sie sollen Bürger*innen als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, die Probleme haben im Umgang mit den Sozialen Diensten, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe oder mit einem gesetzlichen Vormund. Die Ombudsstellen sollen junge Menschen, Familien und Jugendliche bei der Verfolgung ihrer Leistungsansprüche und Beteiligungsrechte unterstützen. Es geht um Konfliktlösungen und Beratungen auf absolut vertraulicher Basis. Bisher gibt es nur in Hamburg-Mitte eine Ombudsstelle.

DIE LINKE tritt dafür ein, die auswärtige Unterbringung von Kindern und Jugendlichen schrittweise zu reduzieren und lehnt die geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen grundsätzlich ab. Zwangsmaßnahmen, Isolierung und Entmündigung in der offenen wie in der geschlossenen Unterbringung dienen ausschließlich der Brechung des kindlichen und jugendlichen Willens und ihrer Persönlichkeit. Kinderrechte werden hier missachtet. Derart untergebrachte Kinder und Jugendliche werden nur mit ihren Defiziten betrachtet und eher als Täter empfunden, jedoch nicht als Menschen, die zum Beispiel aufgrund besonderer familiärer Umstände auch Leid erfahren. Zwangsmaßnahmen lösen bei ihnen Stress aus und unterbinden darüber ihre Lernfähigkeit. Dergleichen ist weder ein Fundament

für eine vertrauensvolle Beziehung noch für eine gesunde Bindung! Beides ist die Grundvoraussetzung, um junge Menschen stark zu machen, später einmal selbstbewußt, selbstständig und mit einem gesunden Selbstwertgefühl das Leben in die Hand zu nehmen.

Kinderarmut bekämpfen und die kommunale Infrastruktur stärken

Hamburg wächst um jährlich 30.000 Menschen. Inzwischen leben hier knapp 1,9 Millionen Menschen, darunter fast 310.000 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre. Jedes fünfte Hamburger Kind unter 15 Jahre lebt in Familien mit Hartz IV-Bezug. Allein im Bezirk Hamburg-Mitte trifft es auf jedes dritte Kind zu. Insgesamt 53.648 Kinder sind es landesweit. Die Stadt weist 47 Baugebiete mit jeweils mehr als 500 Wohneinheiten auf. Doch was nicht mitwächst, ist die Zahl der Kinder- und Jugendeinrichtungen vor allem im offenen Bereich.

Die Anfrage der Linksfraktion in der Bürger-

allen neuen Baugebieten wie in der Mitte Altona und im künftigen Holstenquartier sind keine neuen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) mitgedacht und mitgeplant worden. Dort werden einmal bis zu 15.000 Menschen wohnen, darunter viele Kinder und Jugendliche. Ähnliches gilt für die Einrichtungen der Familienförderung und der Jugendsozialarbeit!

Die Einrichtungen der OKJA und die Kinder- und Familienzentren haben trotz des Ausbaus der Ganztagsbetreuung in den Schulen eine bedeutende Funktion. Sie bieten Kindern und Jugendlichen informelle, selbstbestimmt und gemeinschaftlich zu nutzende und zu gestaltene Bildungs-, Handlungs- und Erfahrungsspielräume. Außer-dem entlasten sie im Alltag die Familien. Gerade benachteiligte Kinder, Jugendliche und Eltern können dort auf vielfältige Weise neue, qualifizierte und anregende Handlungsmöglichkeiten erproben sowie ihre soziale Isolation überwinden. Hier erhalten sie Hilfe und



schaft vom 7. Februar 2019 mit dem Titel „Soziale Infrastruktur: Hamburg – Wachsende Stadt. Wächst die offene Kinder- und Jugendarbeit mit?“ ergab diesbezüglich ein deprimierendes Bild. Von ehemals 278 Einrichtungen vor der Kürzungswelle im Jahr 2012 und weiteren Schließungen seit 2015 sind noch 244 übrig geblieben. Die Hälte dieser Einrichtungen weisen weniger als zwei Vollzeitstellen auf, 93 von ihnen haben nicht einmal eine Personalvollzeitstelle! In fast

lernen, sich selbst zu helfen und einander zu unterstützen.

Wir fordern den Aus- und Neubau von Einrichtungen der OKJA und eine auskömmliche finanzielle und personelle Ausstattung einschließlich der regelhaften Refinanzierung von Tarifierhöhungen und dem Inflationsausgleich. Der Mindeststandard sollte zwei Vollzeitstellen betragen. Alle Einrichtungen, die

unter diesen Wert liegen, müssen dahingehend aufgestockt werden. Wir werden uns für den Bau weiterer Kinder- und Familienzentren einsetzen.

DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Richtlinie, wonach in Neubaugebieten mit mehr als 500 Woh-



Kindertreff im Haus 3

Fotos: Volker Vödisch

nungen

Angebote der Kinder- und Jugendsozialarbeit zu schaffen sind. Dies wäre zudem in sozial belasteten Stadtteilen ein kleiner kompensatorischer Beitrag gegen die Verfestigung von Armut.

DIE LINKE wird sich im Bund weiterhin für eine Kindergrundsicherung einsetzen. Sie soll ausschließlich armen und von Armut bedrohten Kindern zukommen. Hier wissen wir uns einig mit den Wohlfahrtsverbänden. Wenigstens 564,00 Euro müssten gezahlt werden. Kinderarmut ist auch Elternarmut. Deshalb muss es neben vielen arbeitspolitischen Maßnahmen auch die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro die Stunde und eine armutsfeste Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro geben!

Gebührenfreie und gute frühkindliche Bildung für alle Kinder

In der Entwicklung des Menschen sind die ersten Jahre besonders wichtig. Kleinkinder wollen nicht nur mit ihren Eltern zusammen sein, sondern auch mit anderen Kindern spielen und die Welt entdecken. In dieser



Der SPIO am Kemal Altun Platz

Fotos: Volker Vödisch

Gemeinschaft

lernen sie, sich als soziales Wesen zu verstehen und zu entwickeln. Es gibt einen Rechtsanspruch für einen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr und eine gebührenfreie Betreuung der Kinder für täglich fünf Stunden einschließlich eines kostenlosen Mittagessens. Doch Eltern mit Gutscheinen für fünf Stunden Betreuung suchen oft monatelang nach einer Kita, die ihre Kinder annimmt, weil diese Gutscheine für die Kitas nicht kostendeckend sind. Besonders trifft das Familien im ALG II-Bezug, Flüchtlingsfamilien oder Migrantenfamilien, bei denen ein Elternteil ohne Erwerbsarbeit ist. Es fehlen Plätze und es fehlt Personal.

Das Kita-Netzwerk Hamburg setzte die Volksinitiative zur Verbesserung des Personalschlüssels in Hamburger Kindertageseinrichtungen mit Unterstützung unserer Partei DIE LINKE durch. Bessere Betreuungsschlüssel erhöhen die Bildungschancen der Kinder, denn sie bedeuten mehr Zeit für jedes Kind und bessere Arbeitsbedingungen für die pädagogischen Fachkräfte.

Derzeit liegt die Fachkraft-Kind-Relation in den Krippen bei 1:7,5 und wird sich geringfügig auf 1:7 senken. Wir treten jedoch für ein Verhältnis von 1:3 ein, was von Expert*innen seit längerer Zeit gefordert wird. Leider kam der Senat der Initiative in einigen Punkten nicht entgegen. So werden beim Personalschlüssel Ausfallzeiten (Krankheits-, Urlaubs-, Fortbildungs- und sonstigen Ausfallzeiten) und Zeiten für mittelbare Pädagogik nicht wie gefordert einberechnet (Vor- und Nachbereitung, Dokumentation, Beobachtungen, Elternarbeit, Anleitungen von Praktikant*innen). **Hier fordern wir eine Nachbesserung!**

Langfristig fordert DIE LINKE gebührenfreie, aus Steuern finanzierte Ganztagsplätze für alle Kinder. Als ersten Schritt setzen wir uns für ein kostenloses Frühstück in allen Kindertagesstätten ein.

Der Fachkräftemangel darf nicht zur Absenkung der Qualität der Ausbildung führen. Erweiterte Zugänge müssen zu verbesserten Ausbildungsbedingungen an den Fachschulen führen. In der Ausbildung soll ein steuerlich finanziertes und bedarfsgerechtes Ausbildungsgehalt gezahlt werden, das auch die örtlich erhobenen Mietkosten berücksichtigt. So kann vermieden werden, dass die Auszubildenden sich nicht verschulden oder die Ausbildung abbrechen müssen.

Grundsätzlich fordern wir ein einheitliches und transparentes Tarifsysteem für die Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen und eine Erhöhung der Tarifzahlungen. Die Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst soll einheitlich gut bezahlt werden. Lohnrückereien sind nicht zu akzeptieren. Tarifierhöhungen müssen verbindlich und sofort bei der Aufstellung des Landeshaushalts berücksichtigt und eingestellt werden. Es geht nicht an, dass Tarifierhöhungen die im Sozial- und Erziehungsdienst beschäftigten Menschen erst mit großer Verzögerung erreichen. Es kann auch nicht sein, dass bei einem Arbeitsplatzwechsel die Arbeits- bzw. Dienstzeiten nicht anerkannt werden und die Beschäftigten beim Gehalt zurückgestuft werden!

Volker Vödisch
für die LAG Kindheit und Jugend
der Partei DIE LINKE

„APFELBAUM BRAUCHT WURZELRAUM“ FRAGT, DIE LINKE ANTWORTET

Die Stadtplanung einschließlich der ökologischen und klimatischen Aspekte, die vielen geplanten Neubauten, der Grünflächenerhalt bzw. ihr Ausbau sowie ihr Schutz, der Erhalt der Kleingärten, fehlende Flächen für Schulneubauten und Sportstätten sind brennende Themen in unserer Stadt und in unserem Bezirk. Robert Jarowoy, der die Linksfraktion im bezirklichen Stadtplanungsausschuss vertritt, und der Bürgerschaftsabgeordnete der Linken Norbert Hackbusch haben als Fachleute ihrer Linksfraktionen die Fragen der Initiative "Apfelbaum braucht Wurzelraum" beantwortet, – hier wiedergegeben als Auszug. Diese Fragen wurden an alle Parteien als Wahlprüfsteine verschickt. Am 23. Januar fand hierzu eine Diskussionsveranstaltung der Initiative in der Aula der Schule Hirtenweg statt.

Wie stehen Sie generell zum Motto „Wachsende Stadt“ und der daraus resultierenden Verdichtung?

Hamburg wächst wie viele andere Metropolen seit Jahren. Ursache sind die Verödung der ländlichen Räume durch den Abbau der dortigen Infrastruktur (Bahnhöfe, Busverbindungen, Schulen, Jugendtreffs usw.), neue urbane Lebensformen und ökonomische Konzentrationen. Die mit dem Konzept der wachsenden Stadt verbundene und gerade auch von dem rotgrünen Senat hervorgehobene Strategie der Verdichtung der Stadt stellt allerdings das lebenswerte Leben in der Stadt in Frage.

Wie stellen Sie sicher, dass in der wachsenden Stadt Hamburg auch in Zukunft ausreichend Grünflächen vorhanden sind?

Der durch Bebauungsinteressen zunehmende Druck auf Freiflächen, und dabei insbesondere Grünflächen, wird zunehmen und nur durch öffentlichen Druck zurückdrängbar sein. Städtische Politik muss Grün- und Freiflächen vor allem im inneren Bereich der Stadt konsequent erhalten.

Welche Parameter werden für die Planung von städtischen Grünflächen herangezogen, welche sollen es Ihrer Meinung nach in Zukunft sein (Einwohnerzahl, Fläche, Sozialindex, Altersstruktur...)?

In dem vom Hamburger Senat beschlossenen Landschaftsschutzprogramm ist eine Grünfläche von 6 qm pro Einwohner als Richtwert festgelegt. Fakt ist, dass diese Vorgabe bei keinem einzigen Neubau-Projekt in Altona auch nur annähernd eingehalten wurde (Othmarschen Park, Neue Mitte Altona, Holstenquartier ...), sondern überall um mehr als die Hälfte unterschritten wurde.

Was müsste für Sie ein „Grünentwicklungsplan Otten- sen/Othmarschen/Bahrenfeld und Umgebung“ auf jeden Fall sicherstellen?

Die Einhaltung der Vorgaben des Landschaftsschutzprogramms sowie des Rahmenplans Bahrenfeld mit der Grünachse bis hin zum Volkspark. Allerdings auch die Bestandssicherung der jetzigen Grün-, Friedhofs- und Kleingartenflächen südlich und nördlich der Behringstraße sowie am Holstenkamp östlich und westlich der Schnackenburgallee. Als Weiterentwicklung - ohne Aufgabe der jetzigen Standorte - die neu entstehenden Flächen auf dem Autobahndeckel.

Die aktuell angebotenen Ersatzflächen für die im Visier der Schulbehörde stehenden Kleingartenflächen beinhalten die Vernichtung von öffentlich zugänglichem Grün (Röpersweide) und die Umsiedelung von am aktuellen Standort gut integrierten Flüchtlingen (Holmbrook). Wie ist die Haltung Ihrer Partei zu diesen Verdrängungseffekten?

Die Umsiedlung der Geflüchtetenunterkunft vom Holmbrook auf einen Standort nördlich der Behringstraße ist ebenso unsinnig wie der geplante Neubau einer Grundschule südlich der Behringstraße im Bereich des Schwengelkamps. Die Geflüchtetenunterbringung aus ihrem über Jahre sehr gut nachbarschaftlich integrierten Standort herauszureißen, schafft sehenden Auges neue Probleme. Stattdessen dort in unmittelbarer Nähe des Neubauquartiers Othmarschen Park die dringend erforderliche neue Grundschule anzusiedeln, sie mit dem für Schulanfänger sehr gefährlichen Übergang über die Behringstraße in einen Standort am Schwengelkamp zu schicken, erscheint völlig verrückt. Genauso wie die Verlegung der seit hundert Jahren bestehenden Kleingartenparzellen vom Schwengelkamp auf den Holmbrook.

Der Krankenhausneubau für die Asklepios-Klinik Altona wurde in der Bürgerschaft beschlossen. Als Grundlage für den Beschluss wurde ein Gutachten genannt, das trotz mehrerer Anfragen nicht öffentlich zugänglich gemacht wurde. Wie ist die Position Ihrer Partei hierzu?

Die Öffentlichmachung all solcher Gutachten, die die Grundlage schwerwiegender Beschlüsse für die Öffentlichkeit sind, ist eine grundsätzliche Forderung unserer Partei.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die aktuell als Entwicklungsflächen markierten Gebiete auf dem Krankenhausgelände zukünftig als Schulstandort ausgewiesen werden?



Robert Jarowoy



Norbert Hackbusch Foto: Jenny Paul

Die Entwicklungsflächen südlich des geplanten Krankenhaus-Neubaus könnten höchstens für eine Interims-Lösung für Schulbau verwendet werden, wobei sich dort noch über einige Jahre das Perinatalzentrum mindestens bis zur Fertigstellung des Krankenhaus-Neubaus befinden wird. Dieselbe Problematik besteht für den jetzigen Hubschrauberlandeplatz, der erst nach Fertigstellung des Neubaus auf das Krankenhausdach verlegt werden kann. Insofern erscheint die Lösung des Schulneubaus auf die stadteigene Fläche nördlich der Behringstraße, die jetzt als neuer Standort für die Geflüchteten-Unterkunft vorgesehen ist, als der sinnvollste und wohl einzig vernünftige Standort für einen Schulstandort.

Kleingärten fungieren auch als Begegnungsstätten für Menschen aller Generationen und sozialer Schichten. Sie sind ein Erlebnis-, Lern- und Erfahrungsraum für Kinder, dienen der Erholung und Bewegung und bieten ein kreatives Betätigungsfeld für alle. Wie berücksichtigen Sie diesen wichtigen sozialen Aspekt bei weiteren Planungen?

In einer Zeit, in der die Förderung von Tourismus und den damit verbundenen Groß-Events in den Vordergrund gestellt werden, bleibt für nichtkommerzielle naturbezogene Aufenthalts- und Begegnungsstätten immer weniger Raum. Dieser Entwicklung stellt sich unse-

re Partei vom Grundsatz her entgegen. In einem Bezirk wie Altona, der die größte zusammenhängende Villen- und Parkfläche Europas in den von Reichen bewohnten Elbvororten stolz sein eigen nennt, kann es angesichts der Klimakatastrophe nicht angehen, dass die wenigen im Kerngebiet gelegenen Grünflächen (Innenhöfe, Kleingarten- und Friedhofsflächen, öffentliche Grünanlagen) immer weiter reduziert und durch Pseudomaßnahmen wie Gründächer ersetzt werde

Die umliegenden Sportplätze am Trenknerweg, am Othmarscher Kirchenweg und die Adolf-Jäger-Kampfbahn sind zur Bebauung freigegeben bzw. werden schon bebaut. Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch in Zukunft alle Teile der Bevölkerung, insbesondere auch Kinder und Jugendliche, einen ausreichenden und sicheren Zugang zu wohnortnahen Bewegungs- und Erholungsräumen haben?

Der Sportplatz am Trenknerweg ist bereits unabänderlich von der Stadt aufgegeben und verkauft worden. Der Sportplatz am Othmarscher Kirchenweg ist mit einer bis Februar 2020 laufenden Option einem Konsortium von zwei Baugesellschaften (altoba und Otto Wulff) sowie einer Baugemeinschaft anhand gegeben worden. Über die Verlängerung dieser Anhandgabe ist noch nicht entschieden. Die Adolf-Jäger-Kampfbahn an der Griegstraße befand sich nie im städtischen Besitz, sondern gehörte Altona 93. In einem sich über viele Jahre hinziehenden Anfall von Wahnsinn hat der Verein das Gelände an den altoba endgültig verkauft und erhofft sich eine neue Zukunft am Diebsteich. Die Stadt hat den Verkauf bzw. die Schließung der wohnbevölkerungsnahen Sportplätze am Trenknerweg und dem Othmarscher Kirchenweg mit dem Aus- und Neubau der Sportplatzanlage am Bauersweg nördlich des Othmarschen Quartiers gerechtfertigt. Diese direkt an der Autobahn gelegene Anlage ist zwar als Trainingsstätte sehr modern, ersetzt aber nicht die Wohngebietsnähe. Kinder und Grundschulklassen vom Trenknerweg müssen eine Strecke von 1,8 km über den gefährlichen Autobahnzubringer Behringstraße bewältigen, um dorthin zu gelangen. Unsere Partei hat stets gegen die Aufgabe und Verlegung der Sportplätze aus den Wohngebieten gestimmt, aber in der Politik kaum Gehör gefunden. ▶▶



Fotos: Apfelbaum braucht Wurzelraum





Gefährdete Kleingärten rund um das Asklepios Gelände

Fotos: Marlit Klaus



Die große ökologische Bedeutung der derzeit noch bestehenden Kleingartenanlage zwischen Behringstraße und Bernadottestraße ist unbestritten. Wie stehen Sie zur Vernichtung der über 100 Jahre gewachsenen alten Kleingartenanlage und der damit verbundenen Vernichtung der Artenvielfalt?

Leider wird die Frage des Naturschutzes und des Erhalts der Artenvielfalt in bezug auf Kleingärten nicht wirklich anerkannt. Tatsächlich ist es aber so, dass in den o.g. Kleingärten nachweislich Obst-(vor allem Apfel)bäume von Sorten existieren, die in den heutigen Niedrigstamplantagen im Alten Land den marktgerechten Kettensägen zum Opfer gefallen sind. Alte einheimische Sorten, die noch bis in die 50er Jahre handelsüblich waren, sind von anderen verdrängt worden und fast nur noch in den Kleingärten erhalten, wo sie in den 20er Jahren von sonntäglichen Ausflüglern als Setzlinge angepflanzt wurden. In diesen Biotop-ähnlichen Räumen haben sich als Kulturfolger Insekten, Amphibien, Vögel und kleine Nagetiere angesiedelt, die man genauso wenig wie die Bäume umsiedeln kann.

Anfang Dezember hat der Hamburger Senat ein großes Klimaschutzpaket angekündigt. Auch der Bezirk Altona hat im Oktober 2019 bereits entsprechende Beschlüsse auf den Weg gebracht, mit denen er sich verpflichtet, „alle baulichen Maßnahmen des Bezirks [...] hinsichtlich ihrer Auswirkungen aufs Klima“ zu überprüfen und Lösungen zu bevorzugen, „die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken“. Kleingärten kommen diesbezüglich eine kaum zu überschätzende Bedeutung zu. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Kleingärten als integralen Bestandteil des innerstädtischen Grüns zu erhalten?

Für dieses Ziel würden wir im Rahmen der bereits aufgezeigten Ideen und Möglichkeiten zusammen mit jeder demokratischen Partei streiten. Allerdings sind unsere Hoffnungen diesbezüglich wenig erwartungsvoll. Hat doch die Grüne Umweltsenatorin Anja Hajduk im Rahmen des Schwarz-Grünen Senats 2009 das auch damals von uns unterstützte Bürgerbegehren zum Erhalt der Altonaer Kleingärten evoziert und die Kleingarten- und Sportplatzflächen zu Verwertungsflächen für den Autobahndeckelbau erklärt. Dass die Finanzierung des Deckels nicht aus Bundes- oder Landesmitteln, sondern ausschließlich durch den Verkauf der Altonaer Kleingärten möglich geworden sei, ist völlig absurd, wird aber weiterhin behauptet.

Wie wird Ihr konkretes Engagement für die Kleingärten im Gebiet Ottensen/Othmarschen aussehen?

Vorrangiges Ziel muss wenigstens der Erhalt der noch bestehenden Grünflächen sein – nicht nur in den Elbvororten und den Feldmarken in Osdorf und Sülldorf, sondern vorrangig im Altonaer Kerngebiet. Angesichts des von der Senatspolitik verfolgten Konzepts der Wachsenden Stadt kann unsere Partei dies allerdings nur im Zusammenwirken mit den betroffenen Menschen vor Ort bewegen und vielleicht im Sinne der Altonaer*innen sowie des Klimaschutzes voranbringen.

*Norbert Hackbusch (Linksfraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft; Haushalt, Kultur, Hafen und anderes,
Kandidatur im Wahlkreis 03 Altona) und*

*Robert Jarowoy
(Linksfraktion in der Bezirksversammlung Altona)*



² vgl. Bezirksversammlung Altona vom 24.10.2019, Drucksachen-Nr. 21-0123.3, S. 1-2

Foto: Daniel Nide



Verkehrskonzept gleich Null

Hamburg hat keinen Masterplan für mehr ÖPNV und für eine „Starke Schiene“

Bürgerschaftswahlkampf 2020: Die meisten Parteien versuchen mit Verkehrskonzepten zu glänzen, die eigentlich nur populistisches Gestücker sind. Man ist bereit Milliarden auszugeben – auch der Bund sagt öffentlichkeitswirksam Geld zu – hat aber kein Verkehrskonzept für Hamburg.

In den Faktencheck-Gesprächen wurde mehr als deutlich, dass ein Fernbahnhof Diebsteich für die Herausforderungen der Zukunft nicht gerüstet ist: Die DB hat sich nun endlich zur Zukunft Schiene und Klimaschutz bekannt. Das bedeutet, dass zukünftig mit deutlich mehr Bahnverkehr geplant wird. Es gibt den geplanten Deutschland-Takt und die Forderung, auf Hauptstrecken den Halbstundentakt einzuführen. Z.B. Hamburg-Berlin oder Hamburg-Frankfurt. Dazu 100% mehr Fahrgäste auf der Schiene bis 2030 als GroKo-Regierungsprogramm. Dazu weniger innerdeutsche Flüge, also mehr tägliche nationale ICE-Sprinter nach München, Frankfurt, Düsseldorf/Köln. Diesen Verkehr wird der geplante Fernbahnhof Diebsteich nicht bewältigen können. Simulationen ergaben, dass der Fernbahnhof Diebsteich schon Probleme bekommt, wenn es darum geht, dass 30 Züge pro Stunde störungsfrei fahren. Wenn der geplante Deutschlandtakt der DB ernst genommen würde, müssten dort eigentlich 50 Züge fahren.

Der geplante Bahnhof Diebsteich schafft das nicht. Er kann es auch nie schaffen, da seine Kapazitäten und Ausdehnung begrenzt ist. Einerseits begrenzte Kapazitäten der Fernzüge – andererseits zu wenige Gleise bei der S-Bahn. S3 und S21 sind geplant, Diebsteich wird aber neben S3 und S21 zukünftig auch die neue S32 und die S4 West bewältigen müssen. Dafür wird jedoch kein Platz sein.

Dazu existieren im Bahnnetz Hamburg mehrere Probleme: Das ständige Nadelöhr Verbindungsbahn zwischen Hauptbahnhof und Altona und das Nadelöhr Hauptbahnhof, der aus den Nähten platzt. Dessen geplantes Sanierungskonzept löst aber keine Verkehrsprobleme.

Deshalb benötigen wir einen Verkehrsinvestitionsfonds „Starke Schiene“ für Hamburg. Das wäre eine kluge Investition in den Klimaschutz. Die vielen interessanten Initiativen dafür müssen in die Beratung eines Masterplans einbezogen werden. Hamburg muss mit dem Bund und der EU circa 20 Milliarden € in die Hand nehmen, um die Schieneninfrastruktur zu modernisieren und auszubauen, Vorher sollte kein Quadratzentimeter Schieneninfrastruktur mehr abgerissen werden. Die Planfeststellung Diebsteich muss zurückgenommen werden.

Altona und der Westen von Hamburg brauchen eine starke Schiene und einen modernen zweiten großen Zentralbahnhof, als Unterstützung für den Hauptbahnhof. Hauptbahnhof und Bahnhof Altona ergänzen sich und passen perfekt zusammen.

Augen zu und durch ...

Gegen jede Vernunft arbeiten DB und Senat nach dem Prinzip: „Augen zu – und durch“, obwohl Stadt und Bahn gemerkt haben, dass Diebsteich auf den Fern-, Regional- und S-Bahnstrecken zu klein wird. Sie haben nur noch Schein-Argumente mehr für dieses Bauvorhaben – während die Altonaer Bevölkerung zutiefst ohnmächtig und frustriert zusieht. Sie wurde nie gefragt. Traurig, dass nur DIE LINKE als einzige Partei den Erhalt des Fernbahnhofs Altona in ihrem Wahlprogramm hat.

*Andreas Müller-Goldenstedt
Mitglied bei Prellbock e.V. und VCD-Nord
Beigeladener Bürger im Verkehrsausschuss
Bezirk Altona*



prellbock-altona.de

Bezirksfraktion DIE LINKE Altona



Hineingewählt wurden:

Thérèse Fiedler, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Robert Jarowoy, Fraktionsvorsitzender
Cornelia Templin
Wolfgang Ziegert
Andrea Benkert
Hasan Burgucuoğlu
Blanca Merz
Karsten Strasser

Mehr Infos: www.linksfraktion-altona.de

So sind wir zu erreichen:

DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona
Am Felde 2 (im Hinterhof links)
22765 Hamburg
Tel: 040 25 49 55 47
E-Mail: buero@linksfraktion-altona.de

In der Regel sind wir
Mo., Mi. und Do.
von 9.00 bis 12.00 Uhr und
Di von 13.00 bis 16.00 Uhr
erreichbar.

DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona

Die Bezirksversammlung tagt jeden vierten Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr
im Rathaus Altona, Kollegienaal 1. Stock, Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Es lohnt sich auf jeden Fall, den Volksvertreterinnen und Volksvertretern zuzuhören!

Es gibt folgende Ausschüsse:

1. Hauptausschuss, 2. Ältestenrat/Geschäftsordnungsausschuss, 3. Haushalts- und Vergabeausschuss, 4. Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung, Senior*innen, Flüchtlinge und Gesundheit, 5. Jugendhilfeausschuss, 6. Unterausschuss Haushaltsangelegenheiten des Jugendhilfeausschusses, 7. Ausschuss für Kultur und Bildung, 8. Verkehrsausschuss, 9. Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport, 10. Ausschuss für regionale Stadtteilentwicklung und Wirtschaft, 11. Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz, 12. Bauausschuss

In diesen Ausschüssen arbeiten neben den Fraktionsmitgliedern zubenannte Bürgerinnen und Bürger. Nicht alle gehören der Partei DIE LINKE an, sympathisieren aber mit unserer Politik.

Bis auf den Bauausschuss und den Ältestenrat tagen alle Ausschüsse öffentlich und es können am Anfang der Sitzung eingereichte Fragen gestellt werden. Die meisten Ausschüsse finden im technischen Rathaus in der Jessenstraße 1 statt.

Mehr Infos: www.hamburg.de/bezirksversammlung-altona/

Impressum:

V.i.S.d.P Robert Jarowoy, Am Felde 2, 22765 Hamburg

Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnen die Autor*innen verantwortlich

Herausgeber: Fraktionsvorstand der Linksfraktion Altona

Druck: WIRmachenDRUCK GmbH, 71522 Backnang/gedruckt auf Recyclingpapier weiß, Blauer Engel, FSC

Titelfoto: Marlit Klaus

DIE LINKE.
BEZIRKSFRAKTION ALTONA



No future for capitalism or Let's make capitalism better?

Das zweite Transparent gab es nur versteckt in vielen Köpfen. Das erste Transparent trugen junge Leute auf der Klimastreik-Demo am 29. November in Hamburg. **Keine Zukunft für den Kapitalismus.** Das ist entweder eine Kampfansage der jungen Leute oder ein Stoßgebet – vermutlich beides. Jedenfalls heißt es nicht, der Kapitalismus hat keine Zukunft. Diese Aussage wäre auch richtig. Sie sagte aber nichts darüber, welche andere Gesellschaft wir wollen. Dazu braucht es wie einst von Martin Luther King ein neues „I have a dream!“ Welche Träume wurden in dem im Vorfeld massenhaft verteilten Flyer vermittelt und von wem? Da im Falblatt keine presserechtliche Verantwortung ausgewiesen ist, kann das den abgebildeten Logos nach FFF Germany oder Hamburg sein, die abgebildeten Entrepreneurs oder doch www.donateforfuture.de? Diese schreiben unübersehbar fett und in Versalien – mit Kontonummer: Unterstützt uns finanziell. Die genannte Homepage besteht aus nur einer Seite eines Vereins. Darauf findet man die zwei Namen der Vorsitzenden. Gibt man diese Namen in eine Suchmaschine ein, findet man, mit wem man es zu tun hat, nämlich mit „Parents 4 Future Hamburg“. Wenden wir uns nach diesem Kurs in maximaler Transparenz dem Text dieser vermögenden Eltern zu. Eines vorweg, mit den oben zitierten Jugendlichen haben sie nichts gemein, denn die Texte gehören zur Fraktion: Retten wir den Kapitalismus. Fett und in Versalien heißt es bei ihnen: Deutschland kann wieder Vorreiter hinsichtlich technologischer Innovationen werden. Die Welt braucht aber keine deutschen Vorreiter, welcher Farbe auch immer. Nächstes Zitat: „Die Aufgabe Deutschlands ist es, die Energiewende für alle sozial verträglich zu gestalten. So können wir eine große Exportnation bleiben, schaffen neue ökonomische Chancen und sichern Arbeitsplätze.“

Die wirkliche Aufgabe Deutschlands ist es, die neokoloniale Ausbeutung Griechenlands und Afrikas zu unterlassen, Waffenexporte einzustellen, von Kriegspolitik auf Friedenspolitik umzuschwenken usw. Aber was schreibe ich da? Im Flyer steht doch, wir hätten Weltfrieden. Wörtlich, wieder fett und in Versalien: Die Klimakrise bedroht unseren Weltfrieden. Darum geht es also, um „unseren“ Weltfrieden. Was ist mit dem Weltfrieden der anderen in Syrien, in Kurdistan und mit den anderen Völkern dieser Erde, die nicht im Frieden leben, sondern im Krieg? Und ein CO₂-Preis von 180,- Euro kann nur für Bestverdiener und Millionäre sozial verträglich gestaltet werden, ganz abgesehen davon, dass die CO₂ Besteuerung bereits in 56 Ländern eingeführt ist, aber nichts bis kaum etwas bewirkt. Zu finanzieren wäre sie nur durch eine konsequente Besteuerung der Reichen. Aber solche Forderungen kommen natürlich nicht von Millionären. Ein Klimakiller taucht im Flyer gar nicht auf, das Auto. Kein Wunder, war es doch bei nicht wenigen Kindern noch vor Mama und Papa das erste Wort. Es gehört zu den besonderen Begabungen des Kapitalismus, ob z. B. in der Musik oder in der Politik, Bewegungen für seine Zwecke zu nutzen. Meist sogar kostenlos, ob es die Reproduktion williger Arbeitskräfte durch die Familien ist, die Freiwillige Feuerwehr oder was auch immer. Da erging es der sogenannten 68er Studentenrevolte nicht anders, als es sich jetzt bei FFF abzeichnet. Das ist natürlich kein Grund auf Bewegung zu verzichten. Doch sollte man stets über die Schulter schauen, und sehen wer sich mit welcher Motivation und mit welchem Interesse auf seine Seite schlägt.

Womöglich sind es die „Die Hüter der sozialen Marktwirtschaft“, wie es in einem kürzlich im MUT-Theater aufgeführten Stück hieß. Eines nicht so fernen Tages wird wie im Märchen von „Des Kaisers neue Kleider“ ein

Mädchen sehen: „Aber da sind ja gar keine Schafe!“ Dann werden „Die Hüter der sozialen Marktwirtschaft“ zugeben müssen, „die Schafe, das seid ihr.“ Dann dauert es (hoffentlich) nicht mehr lange, bis die Menschen erkennen, dass sie keine Schafe sind, aber die Schäfer in Wirklichkeit Wölfe. Das ist ein Prozess. Die Jungs, die das Plakat tragen, haben den zweiten Schritt schon gemacht, andere sehen noch Schafe. Meines Erachtens kann das den jungen Leuten von FFF nicht vorwerfen. Sie kennen nichts anderes als Angela Merkel und den Neoliberalismus. Sie sind von Kindes Beinen an mit dem Slogan, es gebe keine Alternative zum Kapitalismus indoktriniert. Desto erfreulicher, dass es in der FFF-Bewegung dennoch einen antikapitalistischen Flügel gibt.

55.000 Menschen waren laut Morgenpost auf der Demo. Von „jung und alt“ hat man nicht viel gesehen. Nach wie vor sind die Aktiven junge Menschen. Mit ihnen steht und fällt FFF. Ihnen wegen rückläufiger Teilnehmezahlen das absehbare Ende vorherzusagen ist „dumm Tüch“. Da empfiehlt sich ein Blick auf die Teilnahme der Arbeiterklasse bei den Demonstrationen zum 1. Mai. Die sind dagegen im Vergleich im doppelten Sinne zum rot werden. Die Menschheitsfrage Klimawandel und die soziale Verfassung unseres Landes erfordern ein Wirtschaften mit dem Ziel qualitativen Wachstums. Produktion und Verteilung der Güter müssen neu organisiert werden. Die Menschen sollten zukünftig gemeinsam entscheiden was, wie und unter welchen Bedingungen produziert und wie die Produkte verteilt werden. Das ist es, was DIE LINKE meint, wenn sie in ihrem Erfurter Parteiprogramm von 2011 vom Demokratischen Sozialismus spricht.



Der Demokratische Sozialismus ist anders als der Kapitalismus kein System, das sich – einmal angestoßen – in eine bestimmte Richtung bewegt. Er braucht Ideen, er braucht einen Plan, aber nicht und unwiderruflich in den Köpfen einiger weniger Experten des Wissens und der Macht, sondern in allen Köpfen und im Handeln aller Menschen. Mit dem Kapitalismus hat die Menschheit ohne Frage die wirtschaftliche und technologische Entwicklung, die Steigerung der Produktivkraft enorm beschleunigt. Doch mittlerweile erweist sich das Privateigentum an Produktionsmitteln als eine Schwelle, die der Kapitalismus nicht selbst überwinden kann.

Heinz-Dieter Lechte

Winternotprogramm **ganztägig** und **für alle öffnen!**

Der Winter steht vor der Tür. Wie jedes Jahr suchen in Hamburg hunderte Obdachlose einen Platz, der sie vor dem Erfrieren schützt.

Die Stadt Hamburg stellt in der kalten Jahreszeit – zwischen November und März – rund 800 zusätzliche Notschlafplätze im Rahmen des Winternotprogramms zur Verfügung. Das Winternotprogramm ist ein nächtlicher Erfrierungsschutz. Tagsüber müssen die Nutzer*innen zurück auf die Straße – auch bei deutlichen Minustemperaturen! Diese Regelung sorgt immer wieder für Kritik am städtischen Programm. Denn viele Obdachlose meiden das Winternotprogramm auch deswegen, weil sie es morgens wieder verlassen müssen.

Hinzu kommt: Eine große Anzahl von obdachlosen Menschen wird vom Winternotprogramm ausgeschlossen. Sie werden an die sogenannte Wärmestube verwiesen. Dort gibt es weder abschließbare Fächer noch Duschen. Vor allem gibt es keine Betten, sondern nur Stühle. Ein normales Nächtigen ist in der Wärmestube nicht möglich.

Insbesondere Obdachlose aus der EU und afrikanischen Staaten werden vom Winternotprogramm weggeschickt. Bei europäischen Obdachlosen beruft sich die Sozialbehörde auf angebliche Selbsthilfemöglichkeiten der Betroffenen. Diese hätten ja in ihrem Heimatland einen Wohnsitz und seien daher „freiwillig“ obdachlos. Viele Obdachlose werden abgewiesen, weil sie nach Auffassung der Behörde ihrer Mitwirkungspflicht nicht nachkommen. Das bedeutet: Obdachlose, die nicht aus der EU kommen und keinen Aufenthaltstitel vorweisen können, werden dazu aufgefordert, sich bei der Zentralen Erstaufnahme zu melden. Kommen sie der Aufforderung nicht nach, wird ihnen der Platz im Winternotprogramm verwehrt, und sie werden an die Wärmestube verwiesen. Ein solches Vorgehen geht automatisch mit einer Identitätsfeststellung einher. Diese sollte es aber innerhalb eines niedrigschwelligen Hilfeangebots zum Schutz vor Erfrierungen nicht geben.

Seit Jahren sinkt die Auslastung des Winternotprogramms. Zuletzt lag sie nur noch bei 67 Prozent. Diese vergleichsweise niedrige

Auslastung ist aber keine Erfolgsmeldung. Denn der Grund dafür liegt nicht darin, dass mehr Obdachlose in Unterkünfte oder Wohnungen vermittelt werden. Im Gegenteil: Die Zahl der Obdachlosen hat sich in Hamburg seit 2009 nahezu verdoppelt. Die niedrigere Auslastung des Winternotprogramms ist das Ergebnis einer reglementierenden Praxis, die eine große Gruppe von der Nutzung des Winternotprogramms ausschließt.

DIE LINKE setzt sich, neben den Wohlfahrtsverbänden, seit Jahren für eine ganztägige Öffnung des Winternotprogramms ein – und zwar für alle Menschen – anonym und unabhängig von ihrer Herkunft. Ende Januar

beschloss die Bezirksversammlung Altona ebenfalls einstimmig eine ganztägige Öffnung des Programms. Denn kein Mensch ist freiwillig obdachlos, und das Überleben auf der Straße macht krank. Seit Anfang November sind binnen weniger Tage drei obdachlose Menschen auf der Straße verstorben. Im letzten Winter sind, nach Angaben des Straßenmagazins Hinz und Kunzt, sechs Obdachlose verstorben. Ob die kalten Temperaturen der Grund sind, ist nicht bekannt. Es stellt sich aber die Frage: Warum müssen Menschen in Hamburg auf der Straße sterben?

*Cansu Özdemir
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE*



Foto: Pixabay/Paolo Trabattoni

Hartz-IV: Sanktionen sofort abschaffen!

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Hartz-IV-Sanktionen im November 2019 hat einige Verbesserungen gebracht – aber die Revolution nach fast 15 Jahren Hartz IV blieb aus.

Die wesentlichen Änderungen im Überblick:

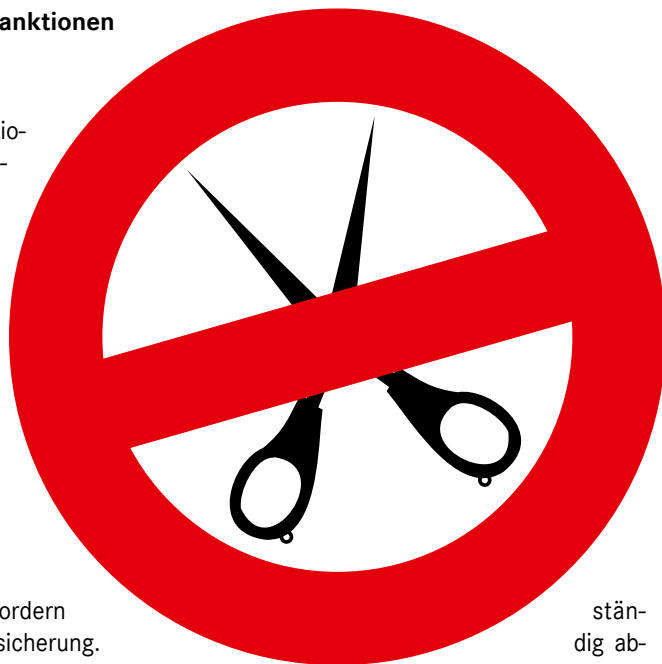
- Keine Sanktionen mehr über 30 %,
- keine Koppelung von 30%-Sanktionen mit Darlehensrückzahlungen, Aufrechnungen oder den 10%-Sanktionen bei Meldever säumnis,
- Sanktionsdauer von weniger als drei Monaten möglich,
- Einzelfallermessen und Prüfung von Härtefällen,
- Fachanweisung: Anwendung der Grundsätze auch auf unter 25-Jährige.

Mit der Begrenzung der Sanktionen wird der Verlust der Wohnung hoffentlich Geschichte sein. Aber auch die verbleibenden 30%-Sanktionen unterschreiten das ohnehin schon viel zu niedrig angesetzte Existenzminimum. Haben diejenigen, die solche Entscheidungen treffen, jemals versucht, von 432 € (ab 2020) oder bei einer 30%-Sanktion gar ca. 300 € zu leben?

Für DIE LINKE. ist klar: Wir fordern eine sanktionsfreie Mindestsicherung. Das Existenzminimum darf nicht unterschritten werden. Betroffene müssen Vorgaben der Jobcenter, die oft nicht geeignet sind, die Jobperspektiven zu verbessern, ablehnen können. Acht bis 15 Bewerbungen pro Monat werden zum Beispiel verlangt. Aber worauf sollen sich Menschen jenseits der 50 mit gesundheitlichen Problemen, mit so genannten „Vermittlungshemmnissen“, bewerben!? Und immer ist die Angst vor Sanktionen präsent und zeigt Wirkungen: Wer noch nicht krank war, wird es spätestens jetzt. Die ständige Sanktionsdrohung und das permanente Drehen im Hamsterrad, um Kürzungen zu verhindern, zermürben.

Wir müssen von der autoritären Politik des „Förderns und Forderns“ abrücken. Der Druck zur Arbeitsaufnahme jedes noch so schlechten Niedriglohnjobs muss ein Ende haben. Denn dem liegt die unehrliche Prämisse der Eigenverantwortung zugrunde, die Leistungsbezug als ein persönliches Versagen ansieht und gesellschaftliche Ursachen völlig ausblendet. Die Jobvermittlung in den Jobcentern ist Ausfluss neoliberalen Denkens, wonach die „Kund*innen“ sich an die Erfordernisse des Marktes anzupassen haben, um vermittelbar zu werden.

Dabei haben die Betroffenen das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum, egal, ob sie ihre Hilfebedürftigkeit verschuldet haben oder nicht. Das gebietet das Sozialstaatsprinzip. Das Jobcenter ist keine Erziehungs- oder Besserungsanstalt. Das bestätigt auch das Bundesverfassungsgericht, hat aber nicht den Mut gehabt, Sanktionen voll-



ständig abzuschaffen. Den Mut muss jetzt die Politik aufbringen.

Rot-Grün in Hamburg könnte sich sofort als mutig erweisen und die durch das Bundesverfassungsgericht eröffnete Ermessens- und Wirksamkeitsprüfung zu einem drastischen Sanktionsabbau nutzen. Stattdessen zieht die Sozialbehörde sich auf die Fachanweisung der Bundesagentur für Arbeit (BA) zurück. Die liest sich in etwa so: Die BA will so wenig wie möglich von der bisherigen Sanktionspraxis abrücken. Eine glaubwürdige Abkehr der SPD von Hartz IV ist das nicht. Abgesehen davon offenbart die SPD mit ihrem Grundsatz vom Respekt nur vor Erwerbsarbeit als Lebensleistung ein fragwürdiges Gesellschaftsbild. Unser gesellschaftlicher Zusammenhalt wird von sehr viel mehr bestimmt: Von Erziehung, familiärer Pflege, Nachbarschaftshilfe, ehrenamtlichem Engagement etc. Und unser gesellschaftlicher Zusammenhalt ist gefährdet, wenn Menschen aus Angst vor dem System Hartz IV gar nicht ihre Rechte geltend machen und von noch weniger leben. Wenn die Löhne niedrig bleiben, weil Beschäftigte aus Angst vor Jobverlust und Hartz IV zu solchen Bedingungen weiterarbeiten. Wenn junge Menschen in die Perspektivlosigkeit untertauchen, weil sie mit dem Druck des Jobcenters nicht klarkommen. Unsere Antwort darauf ist: Das Existenzminimum muss höher und garantiert sein!

Carola Ensslen,
Fachsprecherin der Linksfraktion Hamburg
für Arbeitsmarktpolitik



Ungleiche Versorgung in Hamburg:

Wer arm und krank ist, kann lange auf einen Arzttermin warten

Menschen in Billstedt sterben im Durchschnitt bis zu zehn Jahre früher als Menschen in Blankenese. Der soziale Status hat einen erheblichen Einfluss auf die Gesundheit. Armut macht krank, und Krankheit macht häufig arm. Ein geringes Einkommen, eine niedrige Schulbildung, schlechte Arbeit- und Wohnbedingungen, Umweltfaktoren und Diskriminierungserfahrungen wirken sich negativ auf die Gesundheit aus. Der Hamburger Morbiditätsatlas aus dem Jahr 2013 belegt das für Hamburg: In den ärmsten Stadtteilen herrscht häufig auch eine höhere Morbiditätsrate, das heißt eine hohe Krankheitslast. Volkskrankheiten wie Bluthochdruck, Diabetes oder Herzinsuffizienzen treten überdurchschnittlich häufig auf. Kinder erkranken häufiger an Atemwegserkrankungen, wie z. B. Bronchitis oder Asthma. Gesundheitliche Chancengleichheit erfordert die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit. Jedoch erleben wir in Hamburg eine größer werdende soziale Spaltung, die sich auch in der Verteilung der haus- und kinderärztlichen Versorgung ausdrückt. Ausgerechnet in ärmeren Stadtteilen mit hohen Krankheitsraten gibt es häufig Ärztemangel.

Ärzte ballen sich in reichen Stadtteilen

Wer in Hamburg krank wird, lebt hoffentlich im richtigen Stadtteil. Die Senatsantwort auf unsere große Anfrage belegt eine große Spaltung in der ambulanten Gesundheitsversorgung in Hamburg. Besonders deutlich wird es in der kinderärztlichen Versorgung. Während neun von zehn Stadtteilen¹ mit niedrigster Kinderarmut eine Überversorgung² mit Kinderärzten haben, gibt es in sechs von zehn Stadtteilen mit höchster Kinderarmut einen Mangel an Kinderärzten bzw. eine Unterversorgung³.

Exemplarisch hier ein Beispiel für den Zusammenhang von Krankheitsbelastung, sozialer Ungleichheit und ärztlicher Unterversorgung: In Steilshoop, einem der ärmsten Stadtteile Hamburgs, leben 47,7% der Kinder von Sozialhilfe. Gleichzeitig ist Steilshoop dem Morbiditätsatlas von 2013 zufolge einer

der Stadtteile mit der höchsten Krankheitsdichte Hamburgs. In Blankenese dagegen, einem der reichsten Stadtteile Hamburgs, leben nur 0,8% der Kinder von Sozialhilfe und die Krankheitsdichte ist mit am geringsten. In Blankenese kommen statistisch auf einen Kinderarzt 844 Kinder, in Steilshoop dagegen kommen auf eine Kinderärztin rund 4.000 Kinder.

Auch in der hausärztlichen Versorgung gibt es – wenn auch eine geringere – Ungleichverteilung. Unter den 10 reicheren Stadtteilen⁴ mit niedrigsten Sozialleistungsquoten haben sechs eine Überversorgung und drei eine Unterversorgung. Dagegen haben unter den 10 ärmeren Stadtteilen mit höchsten Sozialleistungsquoten lediglich Harburg als einziger Stadtteil eine Überversorgung und fünf eine Unterversorgung.

Die Ungleichverteilung ist im Hinblick auf die psychotherapeutische Versorgung noch viel ausgeprägter. Die Therapeuten lassen sich in sehr großer Mehrheit in wohlhabenden Stadtteilen nieder und meiden sozial belastete Stadtteile. In Wilhelmsburg kommt auf rund 18.000 Einwohner und in Billstedt auf rund 17.500 Einwohner statistisch ein Therapeut. In Rotherbaum sind es statistisch 228 Einwohner und in Harvestehude 490 Einwohner je Therapeut. Im Bezirk Harburg ist der

Versorgungsgrad (73,9%) mit Therapeuten viermal schlechter als in Eimsbüttel (294%).

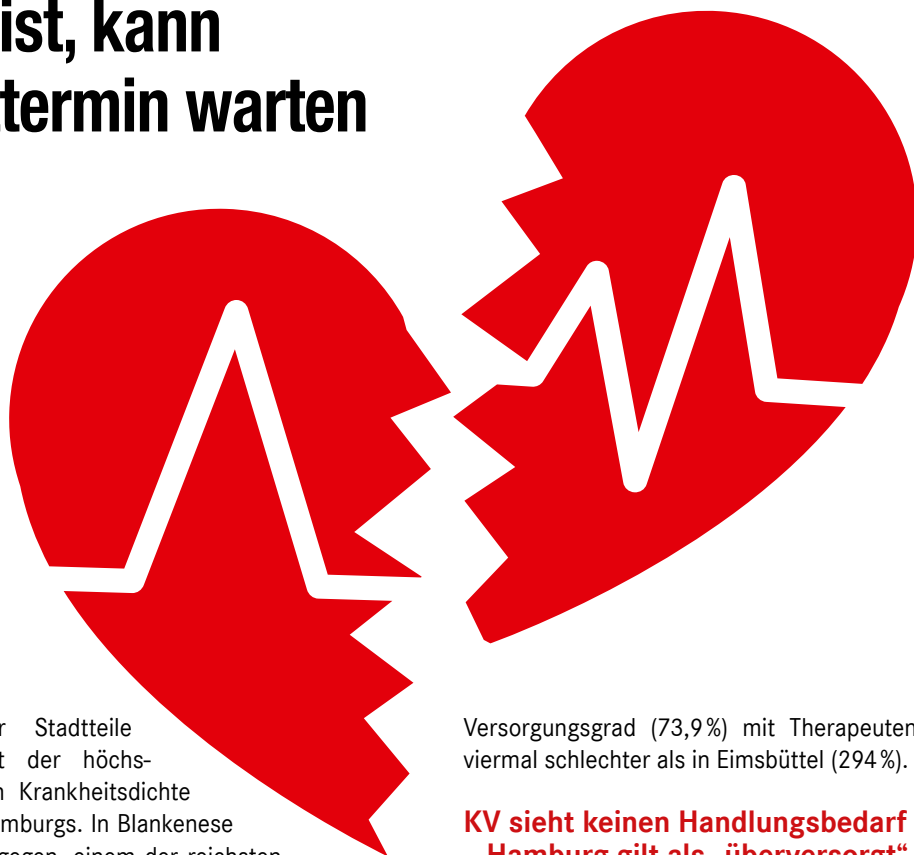
KV sieht keinen Handlungsbedarf – Hamburg gilt als „überversorgt“

Für die Bedarfsplanung in der ambulanten Versorgung ist die Kassenärztliche Vereinigung zuständig. Laut der KV hat Hamburg bei allen Arztgruppen einen Versorgungsgrad von deutlich über 100% und gilt entsprechend als überversorgt. Daher gibt es auch Zulassungssperren für neue Kassensitze. Ausnahmen sind Sonderbedarfszulassungen.

Die KV betrachtet Hamburg als eine Planungsregion. Obwohl das Sozialgesetzbuch eine kleinräumigere Planung (z. B. Stadtteilbene) zur Vermeidung von Versorgungsdefiziten zulässt, wird sie von der KV abgelehnt. In Hamburg würden sich die Ärzte – historisch gewachsen – gut verteilen und sich da niederlassen, wo sie gut erreichbar wären. Stadtteilgrenzen seien willkürliche Grenzziehungen, eine kleinräumige Betrachtung würde die Versorgungsrealität nicht adäquat abbilden. Angesichts des Ärztemangels in Stadtteilen mit den höchsten Krankheitsraten ist diese Bewertung vollkommen absurd.

Ungleiche Versorgung ist das Ergebnis der Zwei-Klassen-Medizin

Die wahre Ursache, weshalb Ärzte ärmere Stadtteile meiden, ist die geringe Anzahl von Privatpatient*innen. Ärzt*innen erhalten für



die Behandlung Privatversicherter im Schnitt mehr als doppelt so viel wie bei Mitgliedern einer gesetzlichen Krankenversicherung. Außerdem sehen die gesetzlichen Regelungen bei der Behandlung von Privatpatient*innen keine Mengenbegrenzungen vor. Zudem werden zahlungskräftigen Patient*innen Leistungen zum Selbstzahlen angeboten, die aus Sicht der Krankenkassen häufig nutzlos oder gar schädlich sind, aber für die Ärzte finanziell lukrativ sind. Es ist ethisch nicht vertretbar, dass Ärzte ihren Praxissitz nicht nach Bedarfsgesichtspunkten, sondern aus ökonomischen Motiven auswählen. Deshalb brauchen wir auf der Bundesebene die Abschaffung der privaten Krankenversicherung und die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung. In Hamburg brauchen wir eine kleinräumige

Bedarfsplanung, die Sozialindikatoren und die Morbidität (Krankheitsraten) als zentrale Kriterien berücksichtigt. Nur so kann eine bedarfsgerechte Planung sichergestellt und die Spaltung überwunden werden.

Stadtteilgesundheitszentren für gesundheitliche Chancengleichheit

Zur nachhaltigen Bekämpfung der gesundheitlichen Ungleichheit treten wir für den Aufbau von interdisziplinären Stadtteil-Gesundheitszentren in kommunaler oder gemeinnütziger Trägerschaft ein. Im Unterschied zu Arztpraxen soll der Fokus nicht allein auf der Behandlung von akuten Krankheiten liegen. Wir fordern als Lösung ein Umdenken in der Gesundheitsversorgung,

Sie muss mehr auf Präventionsprojekte setzen, die auch stärker auf die sozialen Lebensverhältnisse ausgerichtet sind. Deshalb sollen neben ärztlicher Versorgung in einem multiprofessionellen Team auch Sozial- und Rechtsberatung, aufsuchende Arbeit im Quartier durch Gemeindeschwestern sowie Psychosoziale Beratung angeboten werden.

Deniz Celik
Gewerkschaftspolitischer Sprecher
DIE LINKE

¹ Lediglich Stadtteile mit über 2.000 Kindern berücksichtigt

² Versorgungsgrad von über 140%

³ Versorgungsgrad von unter 75%

⁴ Lediglich Stadtteile mit über 10.000 Einwohnern berücksichtigt

⁵ Versorgungsgrad unter 50%

Antifaschismus

„Ist die AfD noch zu stoppen?“

Unter diesem Motto hatte DIE LINKE Altona-Nord am 17. September zu einer Veranstaltung im ASB-Treff Düppelstraße eingeladen. Gut zwei Wochen zuvor hatte die AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen Rekordergebnisse erzielt, und so kamen über 70 Besucher*innen, um darüber zu diskutieren, wie dieser Aufstieg zu stoppen ist.

Jan van Aken vom Parteivorstand der LINKE, Trong Do Duc von der #unteilbar-Bewegung aus Leipzig sowie Vertreter*innen der Antifa Altona Ost gaben zunächst einen Überblick über die aktuelle Lage:

Jan wies darauf hin, dass der Rassismus der AfD in Ostdeutschland leider durchaus mehrheitsfähig ist, dazu gibt es dort die Vorstellung, man sollte heute „1989 wiederholen“, d.h. die Regierung durch das Volk wegfegen („Vollendet die Wende“). Dagegen muss DIE LINKE gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften tatsächlich einen Kulturkampf um Grundwerte und die Deutungshoheit darüber führen. Ferner erklärte er, dass AfD-Wähler*innen keine Protestwähler*innen, sondern eher überzeugte Rassist*innen sind.

Trong (kurzfristig eingesprungen für Nam Duy Ngyen) führte aus, dass viele Menschen nach der Wende ihren Arbeitsplatz verloren haben und z.T. in den Westen gehen mussten, daher rührt eine verbreitete berechtigte Verbitterung. Ein Fehler der LINKEN in Sachsen

war, dass sie die AfD lange totschweigen statt bekämpfen wollte, hinzu kommt ihre schlechte Verankerung auf dem Land. Die #unteilbar-Demo in Dresden im August 2019 war hingegen überwiegend von Menschen aus ganz Sachsen getragen, daran anknüpfend wird #unteilbar in Zukunft neue Methoden antifaschistischer Arbeit entwickeln.

Die Antifa Altona Ost berichtete über ihre Aktivitäten im Stadtteil, dazu gehören auch Bildungsabende und die Beteiligung an anderen Antifa-Aktionen. Ihre Arbeit an einigen Schulen hat bereits die AfD auf den Plan gerufen, die sich bei der Schulbehörde über angebliche Verstöße von Lehrkräften gegen das „Neutralitätsgebot“ beschwerte; uner-



freulicherweise haben sich dem auch einige Hamburger Medien angeschlossen.

In zahlreichen Diskussionsbeiträgen aus dem Publikum wurde deutlich, dass die Menschen in Altona die Gefahr einer weiteren Rechtsentwicklung sehen und entschlossen sind, sich ihr entgegen zu stellen. DIE LINKE steht an ihrer Seite und wird sich auch in der neu gewählten Bürgerschaft dafür einsetzen, dass die AfD in Hamburg wieder zurück gedrängt wird.

Werner Haertel

„Beweise, dass du keine Hexe bist“

Vom Gemeinnützigkeitsentzug der VVN-BdA und der langen Geschichte der Kriminalisierung linker Vereine

„Dieser Ort verpflichtet uns, die Erinnerung wachzuhalten“, sagte Angela Merkel am 6.12.2019 in Auschwitz. Wie gut, dass es Organisationen in Deutschland gibt, deren Arbeit genau darin besteht. So zum Beispiel die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), der bisweilen größten antifaschistischen Organisation Deutschlands. Wirklich ernst mit dem Erinnern scheint es der Regierung aber nicht zu sein, denn eben diesem Verein wurde nun im November die Gemeinnützigkeit aberkannt.

Entzug der Gemeinnützigkeit

Der VVN-BdA wurde 1947 von Holocaust-Überlebenden und Widerstandskämpfer*innen gegründet, und betreibt seitdem Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen faschistische, militaristische und neurechte Bestrebungen. Außerdem kämpften sie gegen die Präsenz von Alt-Nazis in staatlichen und gesellschaftlichen Funktionen.

Dass diesem Verein nun die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde, liegt maßgeblich an dem Inlandsgeheimdienst Bayerns. Dieser führte den VVN-BdA als einziger in ihrem jährlichen Bericht auf. Die Anklage: Der VVN-BdA sei „linksextremistisch“ beeinflusst. Schon im Frühjahr 2019 drohte dem Verein deshalb die Aberkennung der Gemeinnützigkeit, im November setzte das Finanzamt Körperschaft 1 in Berlin dies nun in die Tat um. Der VVN-BdA sei „verfassungsfeindlich“, daher sei der Verlust der Gemeinnützigkeit rechtlich „zwingend“. Konkret bedeutet das, dass Spender*innen ihren Beitrag nicht mehr von den Steuern absetzen können. Für den VVN-BdA heißt das eine Steuernachzahlung im fünfstelligen Bereich allein für die Jahre 2016 und 2017, was ein fortführen der Arbeit des VVN-BdA schier unmöglich machen würde. Es ist also nicht übertrieben zu sagen, dass dieser Beschluss de facto einem Verbot gleichkommt.

Nachdem der Verein Widerspruch gegen die Nachzahlungen eingelegt hatte, hat das Finanzamt diese nun vorübergehend ausgesetzt, da es eine „unbillige, nicht durch öffentliche Interessen gebotene Härte“ wäre. Anders gesagt: Hätte es keinen Aufschrei gegeben, hätte der Verein blechen müssen. Solidarität kam nämlich besonders von jüdischen Gemeinden, Gewerkschaften, So-

zialverbänden und Parteien (Die Linke, Die Grünen). Rund 1000 Menschen traten aus Solidarität in den Verein ein.

Geschichte der Kriminalisierung von linken Vereinigungen

Dass gerade antifaschistische, soziale, und dem Umweltschutz verbundene Organisationen naturgemäß eher wenig Unterstützung vom Staat und von Unternehmen zu erwarten haben und daher auf Spenden angewiesen sind, ist nichts Neues. Auch die direkte Bekämpfung solcher Vereinigungen ließ sich in der Vergangenheit beobachten. Jüngst wurde dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac, sowie Campact die Gemeinnützigkeit entzogen.

Auch dem VVN-BdA ist dieses Vorgehen nicht unbekannt. Bereits seit seiner Entstehung wird er in der BRD verfolgt und Verbotsversuchen ausgesetzt. Angefangen hat dies bereits 1951, als die Adenauer-Regierung den Rat der VVN verboten hat. Allerdings scheiterte die Umsetzung dessen zumindest teilweise an den Verwaltungsgerichten. Den nächsten Versuch wagte die Regierung 1959, allerdings wurde der Prozess bereits 1962, nach nur zwei Verhandlungsterminen abgebrochen, da der Widerstandskämpfer und Überlebender des KZs Mauthausen, August Baumgarte, belegen konnte, dass sowohl der zuständige Richter sowie die Staatsanwälte eine Nazi-Vergangenheit hatten. Dennoch wurde der VVN-BdA weiterhin vom Verfassungsschutz als „Beobachtungsobjekt“ geführt und als „linksextremistisch“ eingestuft, weshalb deren Mitglieder bespitzelt wurden, und bei einigen sogar ein Berufsverbot im öffentlichen Dienst zur Folge hatte. In den letzten Jahren tauchte der Verein allerdings nur noch im Verfassungsschutz-Bericht Bayerns auf. Kurzzeitig war er auch in den Berichten des Verfassungsschutz NRW, was allerdings wieder geändert wurde.

Das Finanzamt Berlin dreht nun die Beweislast um. Nicht sie seien zuständig die

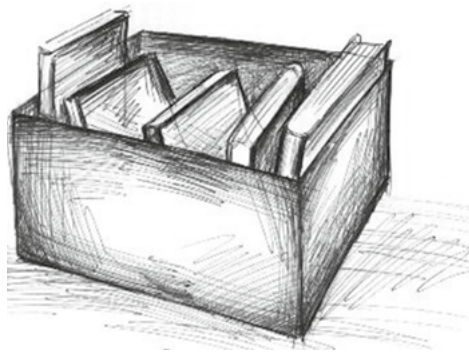
„Schuld“ zu beweisen, sondern der VVN-BdA müsse seine „Unschuld“ zeigen. Und dies gegenüber einem intransparenten Inlandsgeheimdienst, der seit seiner Gründung mit Nazis durchsetzt ist. Herr Willms (Geschäftsführer des VVN-BdA) traf es mit seiner Aussage, dies wäre nach dem Motto: „Beweise, dass du keine Hexe bist“, sehr deutlich.

„Was kann gemeinnütziger sein als Antifaschismus?“

Esther Bejarano, Überlebende der Shoa und Ehrenvorsitzende des VVN-BdA fragt: „Was kann gemeinnütziger sein als Antifaschismus?“ Laut dem Finanzamt sind es anscheinend Lobbyverbände von Unternehmen, die ihre Arbeit als Sponsoring von den Steuern absetzen.

Und natürlich auch rechtsradikale Vereinigungen, wie zum Beispiel Uniter. Das Netzwerk, bestehend aus ehemaligen Soldaten und Polizisten, wirbt öffentlich für eine eigene militärische Kommando-Ausbildung, in der Bürgerkriegsähnliche Szenarien durchgespielt werden, und beispielsweise die Bergung und Versorgung von Verwundeten unter Beschuss geübt wird. Dank Recherchen, von unter anderem der taz, kam auch der Sinn dieser Ausbildung zum Vorschein. Geplant wird ein „Tag X“, an dem politische Gegner aufgespürt und liquidiert werden sollen, der Tag des Umsturzes. Ein prominentes Mitglied ist Franco A., ehemaliger Bundeswehrsoldat, der 2017 als Flüchtling getarnt einen Terroranschlag plante. Auch Andre S. alias „Hannibal“, früher KSK-Soldat (Kommando Spezialkräfte) und Mitgründer von Uniter, ist wohl bekannt.

Dass die Behörden hier nicht eingreifen, sondern den Verein auch noch unterstützen, während sie die größte antifaschistische Vereinigung Deutschlands wissentlich in existentielle Gefahr bringen, ist bezeichnend für einen Staat, der seine Geschichte nie wirklich aufgearbeitet hat. Denjenigen, die es versuchen, soll das Handwerk gelegt werden.



Bücherkiste Links

Der Feminismus für die 99%

Das gleichnamige Buch ist die Ergänzung des Manifestes der kommunistischen Partei von Marx und Engels, auf die wir gewartet haben, und gleichzeitig die Ergänzung des Feminismus, die bisher gefehlt hat.

Erst beide nebeneinander gelegt sind komplett. Die Autorinnen erweitern das an Lohnarbeit gekoppelte Verständnis von Arbeit um die vielfältigen Formen unbezahlter gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Ihre Analyse des neoliberalen Kapitalismus macht das deutlich:

„Diese Gesellschaftsformation beherbergt einen politischen Widerspruch: eine eingebaute Tendenz, die Reichweite der Politik einzuschränken und grundlegende Angelegenheiten, bei denen es um Leben und Tod geht, der Herrschaft des Marktes zu überlassen, derweil werden staatliche Institutionen, die der der Öffentlichkeit dienen sollten, in Handlanger des Kapitals verwandelt. Der Kapitalismus ist also aus systemischen Gründen dazu veranlagt, demokratische Ansprüche zu enttäuschen, Rechte auszuhöhlen und der öffentlichen Gewalt die Zähne zu ziehen; er erzeugt brutale Repression, endlose Kriege und Krisen der Regierbarkeit.

Schließlich beherbergt der Kapitalismus auch einen Widerspruch, der die gesellschaftliche Reproduktion betrifft, eine Tendenz, im Interesse des Kapitals so viel kostenlose Reproduktionsarbeit wie möglich zu kommandieren, ohne jedwede Sorge um die Wiederherstellung des dadurch verbrauchten Arbeitsvermögens. Das Ergebnis: Der Kapitalismus führt regelmäßig zu Sorgeschmerzen, die Frauen erschöpfen, Familien zerrütten und die Kräfte der Ge-

sellschaft bis zur Grenze der Belastbarkeit beanspruchen. Mit anderen Worten: Die kapitalistische Krise ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine ökologische, politische und auf die gesellschaftliche Reproduktion bezogene. Die Wurzel ist zudem in jedem Fall dieselbe, nämlich der dem Kapitalismus eingeschriebene Drang, sich zu seinen unverzichtbaren Möglichkeitsbedingungen als Trittbrettfahrer zu verhalten, indem er sich weigert, für die Reproduktion dieser Bedingungen zu zahlen: die Fähigkeit der Atmosphäre, Kohlendioxidemissionen aufzunehmen; des Staates, das Eigentum zu schützen, Aufstände niederzuschlagen und über das Geld zu wachen; oder auch die nicht entlohnte Arbeit, die in die Entwicklung und den Erhalt menschlichen Lebens eingeht. In Ermangelung dieser Bedingungen könnte das Kapital weder Arbeiter ausbeuten noch erfolgreich Kapital akkumulieren. Doch obwohl es ohne diese Hintergrundbedingungen nicht existieren kann, treibt die ihm eigene Logik es dazu, sie zu verleugnen. Wäre es gezwungen, die Ersatzkosten der Natur, der öffentlichen Gewalt und der gesellschaftlichen Reproduktion zu bestreiten, dann würden die Gewinne des Kapitals gegen null gehen.“

Nach tausenden Jahren patriarchalischer Herrschaft in allen uns bekannten auf Ausbeutung beruhenden Systemen stellt sich die Frage, warum Frauen nun gemeinsam mit Männern nicht nur das Patriarchat, sondern Seite an Seite mit ihnen auch den Kapitalismus überwinden sollten.

Die Autorinnen sagen: aus Eigeninteresse! Der Kapitalismus braucht das Patriarchat, und der zweite Versuch des Sozialismus braucht das Ende des Patriarchats, und beides beginnt schon heute im Klassenkampf mit dem Kapital.

Unbezahlbare Mieten, Hungerlöhne, unzureichendes Gesundheitssystem, Grenzpolitik, Klimawandel: das sind nicht die üblichen Themen, die Feminist*innen diskutieren. Aber sind sie nicht die größten Herausforderungen für die allergrößte Mehrheit der Frauen auf der ganzen Welt? Dieses Manifest wird von der globalen Frauenstreikwelle getragen und ist eine klare Analyse der kriminellen Allianz zwischen Patriarchat und Kapitalismus. Gleichzeitig ist das Manifest eine Absage an den (bürgerlichen) neoliberalen Feminismus, der sich nur um Vorstandsposten und ein Stück vom Herrschaftskuchen dreht, und das mit Mitteln, die nur den Frauen der Elite zugänglich sind. Sollen

Frauen dankbar sein, wenn sie von einer Frau statt von einem Mann ausgebeutet werden? Das Manifest richtet das Licht auf die Frauen am Boden. Die neue feministische Welle ist sozialistisch, ökologisch, internationalistisch und antirassistisch. Und sie sieht klarer denn je, dass der Kapitalismus die Reproduktionsarbeit, die Care-Arbeit (Kinder gebären, pflegen, lieben, erziehen, Menschen pflegen, Sex und Trost) dringend benötigt, um PLUS zu machen, diese jedoch weder bezahlen, noch anerkennen will. Und genau darin ist die Herabwürdigung der Frau insgesamt begründet. Es würde das System an empfindlicher Stelle treffen, würden die Frauen diese (unbezahlte) Arbeit niederlegen: Also auch das bisschen Haushalt, sexuelle Dienste und die Erwartung einer stets freundlichen Miene und sanften Gemütes („Lächel doch mal!“)

Dieses Manifest repräsentiert die zur Zeit einzig existierende transnationale Mobilisierung, die das Prekariat tatsächlich vereint. Denn wer gehört heutzutage zu den Proletariern, wenn nicht die Frauen: Schlecht oder nicht bezahlt, ausgebeutet, erniedrigt, und (nicht nur) am Arbeitsplatz sexuell belästigt? Diejenigen, die an der Wiederbelebung des Klassenkampfes interessiert sind, finden in diesem Manifest die benötigte Herz-Lungen-Massage!

*vorgestellt von Michelle Laise und
Heinz-Dieter Lechte*

**Cinzia Arruzza/Tithi Bhattacharya/
Nancy Fraser**
Feminismus für die 99%– Ein Manifest
Verlag Matthes & Seitz Berlin
15,- Euro



Regelmäßige Termine

Mitgliederversammlung

Jeden ersten Montag im Monat um 19:30 Uhr im Parteibüro,
Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bezirksvorstandssitzung

Jeden dritten Montag im Monat um 19.30 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bezirksversammlung Altona

Jeden vierten Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr
im Rathaus Altona, Kollegienaal 1. Stock
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Landesarbeitsgemeinschaft Kindheit und Jugend – Fachforum der Linken

Jeden zweiten Donnerstag im Monat um 19.15 Uhr
in der Geschäftsstelle der Bürgerschaftsfraktion
Lilienstraße 15, 20095 Hamburg

Kommunistische Plattform Clara Zetkin

Jeden vierten Montag im Monat um 19:00 Uhr
im Parteibüro am Felde 2, 22765 Altona
Volker Vödisch, Telefon: 01577 245 11 70,
volker-voedisch@t-online.de
mail@uliludwig.de

AG Frauen der LINKEN Altona

jeden 2. Donnerstag im Monat 19:00 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Hamburg

Stadtteilgruppen:

Ottensen

jeden ersten Dienstag im Monat
um 19.30 Uhr im Büro Am Felde 2,
22765 Hamburg
Klaus Peter Berndt
neu-mkundab@web.de
Mobil: 0170 675 22 22

Altona-Altstadt

jeden vierten Dienstag im Monat
um 19:00 Uhr im AWO-Treff
Karl-Wolf-Str. 19/Ecke Chemnitzstraße,
22767 Hamburg
Werner Haertel,
Telefon: 040 200 54 67

Altona-Nord

Jeden zweiten Dienstag im Monat
um 19:00 Uhr im ASB-Seniorentreff,
Düppelstr. 20, 22769 Hamburg

Sternschanze

jeden 3. Dienstag im Monat
um 19.00 Uhr Taverna Plaka,
Schanzenstr. 25, 20357 Hamburg
Paulo F. Vieira P. Lopes
paulo.vieira.lopes@web.de

Bahrenfeld

jeden 1. Mittwoch im Monat
um 19:00 Uhr. ViaCafélier,
Paul-Dessau-Straße 4, 22761 Hamburg
Anke Peters, 0172 544 0 540
peters-a@web.de
Horst Schneider, 0157 510 530 16
horstschneider22765@googlemail.com

Elbvororte

nächstes Treffen bitte erfragen unter
info@die-linke-altona.de

Flottbek

nächstes Treffen bitte erfragen bei
Hasan Burgucuoğlu,
Tel: 0176 49 38 04 50

Lurup/Osdorf

Jeden dritten Mittwoch im Monat
um 19:30 Uhr im Stadtteilhaus Lurup
(Lesecafé), Böverstand 38,
22547 Hamburg

So erreichen Sie uns:

Web: www.die-linke-altona.de
Mail: info@die-linke-altona.de
Tel.: 040 41 35 85 20
Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2 • 22765 Hamburg
Bank: DIE LINKE.Altona
Hamburger Sparkasse | BLZ 200 505 50 | Konto 1268151923
IBAN: DE44 2005 0550 1268 1519 23 | BIC: HASPDEHHXXX

So erreichen Sie die ALiNa-Redaktion:

Mail: alina@die-linke-altona.de

Impressum:

V.i.S.d.P Volker Vödisch, Am Felde 2, 22765 Hamburg
Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnen die Autor*innen verantwortlich
Herausgeber: Geschäftsführender Vorstand von DIE LINKE Bezirksverband Altona

Druck: WIRmachenDRUCK GmbH, 71522 Backnang
gedruckt auf Recycling-Papier weiß (Blauer Engel/FSC)
Titelfoto: Alamy/Bernd Lauter

DIE LINKE.
BEZIRKSVERBAND ALTONA

Die Redaktion

Heinz-Dieter Lechte, Volker Vödisch,
Naomi Bruhn, Bosse Daniel Reimann
Layout: Christine Zander
Korrektur gelesen durch: Werner Haertel

Folgen Sie uns bei:



In eigener Sache:

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

wir sind dankbar für Rückmeldungen zur ALiNa. Über Kritik, Anregung, Verbesserungsvorschläge sowohl zum Inhalt als auch zur Gestaltung würden wir uns freuen. Was gefällt Euch bzw. Ihnen, was wird vermisst, was sollten wir anders machen. Auch neue aktive Mitarbeiter*innen in der Redaktion und für die Gestaltung sind herzlich willkommen.

Wir sind unter der Email-Adresse: alina@die-linke-altona.de erreichbar.